

Neustadt in Holstein gehörte wie so viele holsteinische Städte zu jenem Kleinstadttyp, der über keinen oder nur wenig nennenswerten Industriebesatz verfügte. Die ausgeprägte handwerklich-bürgerliche Struktur ließ nur einen mäßigen Bevölkerungsanstieg zu. Trotz Errichtung und Ausbau der Provinzial Heil- und Pflegeanstalt wuchs die Einwohnerzahl der Stadt im Zeitraum von 1900 bis 1910 nur von 4600 auf 5083 Einwohner an.<sup>1</sup>

Trotz seines kleinstädtischen Charakters gab es in Neustadt im Gegensatz zu vielen anderen ländlichen Kleinstädten eine festverankerte traditionell sozialdemokratisch ausgerichtete Arbeiter- bzw. Handwerkerschaft.

Seit dem Eintreffen der ersten sozialdemokratischen Agitatoren Winter und Gundelach in der Stadt am 11. Dezember 1872 gehörte diese bald zu den sozialistischen Hochburgen im Lande.<sup>2</sup>

Auf welch fruchtbaren Boden das sozialistische Gedankengut in der Handwerkerschaft fiel, mag man der Tatsache entnehmen, daß schon am 12. September 1875 ein sozialistischer Arbeiterverein mit rd. 35 Mitgliedern gegründet wurde.<sup>3</sup>



## Hans-Heinz Brandt Vaterlandslose Gesellen in Neustadt

Aus der Arbeit eines sozialdemokratischen Ortsvereins in einer holsteinischen Kleinstadt von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges, aufgezeigt am Beispiel der Stadt Neustadt in Holstein



Schleswig-Holstein heute.

Die Heil- und Pflegeanstalt Neustadt um 1910, die zu dieser Zeit fast 1000 Insassen hatte.

Unten: Neustadt, Kremper Straße mit Blick auf das Kremper Tor, um 1910. Zusammen mit der Brückstraße und dem Markt bildete diese seit alters her das Zentrum der Stadt.

<sup>1</sup> Die Bevölkerung der Gemeinden Schleswig-Holsteins 1867–1970, hrsg. vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel 1972, S. 116/117. Durch Errichtung der Heil- und Pflegeanstalt stieg die Einwohnerzahl des Wohnplatzes „Provinzial-Pflegeanstalt“ von 1885 = 0 Einwohner über 1895 = 422 Einwohner auf 1905 = 956 Einwohner.

<sup>2</sup> Neustädter Wochenblatt vom 11. Dezember 1872.

<sup>3</sup> LAS Abt. 320 Oldenburg Nr. 580 Sozialdemokratische und politische Vereine, Versammlungen, Abhaltungen 1875–1879 – hier: Schreiben des Magistrats der Neustadt vom 13. 10. 1875 an das königliche Landratsamt Cismar. „Dem königlichen Landratsamt wird mitgeteilt, daß sich am 12. September 75 hierselbst ein sozialdemokratischer Arbeiterverein mit dem abschriftlich hierneben angeschlossenen Statut constiniert hat. 30 Mitglieder (aus Neustadt und den umliegenden Ortschaften des Kr. Oldenburg und des zum Großherzogtum Oldenburg gehörenden Amtes Ahrensböök), Ver-

sammlungen jeden Sonntagnachmittag um 4 Uhr im Vereinslokal“ (Anzeige an die Polizeibehörde)

– eine Abschrift der Statuten des Neustädter Arbeitervereins befindet sich in der o. a. Akte.

<sup>4</sup> LAS Abt. 320 Oldenburg Nr. 221 Sozialdemokratische und politische Vereine, Band I 1886–1895.

– hier: detaillierte Berichte an den Landrat zum Unwesen der SPD

Bericht des Neustädter Bürgermeisters Gabriel an den Landrat vom 14. September 1887.

– „Über die Tätigkeit des allgemeinen Arbeitervereins für Neustadt und Umgebung ist zu berichten, daß neue Mitglieder dem Verein nicht beigetreten sind.

Versammlungen sollen alle 14 Tage stattfinden.

Eine Volksbibliothek, die in den Statuten des Vereins festgelegt war, ist wegen fehlender Mittel noch nicht eingerichtet worden.

Versammlungslokal ist in der Wohnung des Schuhmachers Paasch, weil kein Lokal zu bekommen war.“

– Bericht des Landrats vom 18. Januar 1894

Hermann Heinrich Paasch, Schuhmacher, geb. am 12. November 1859 zu Bujendorf, Fürstentum Eutin.

hier: Nachweis der Sozialdemokratischen Vereine im Kreis Oldenburg

– Stand 8. Februar 1895

Allgemeiner Arbeiterverein für Neustadt und Umgebung

Zweck: sozialdemokratische Agitation

Mitgliederzahl 16 in Neustadt und Umgebung

Bildungsverein für Heiligenhafen und Umgebung

Zweck: derselbe

Mitglieder ca. 15 in Heiligenhafen und Umgebung.

<sup>5</sup> LAS Abt. 320 Oldenburg Nr. 423 Sozialdemokratische und politische Vereine, Band III 1895–1905.

In diesen Akten befindet sich das Gründungsprotokoll über die Wiedergründung des „Arbeitervereins Vorwärts Neustadt und Umgebung“ am 25. Januar 1903 im „Kolosseum“ zu Neustadt. Außerdem die vollständige Teilnehmerliste mit Wohnort, Straße und Berufsangabe. Ebenfalls Abschriften von Mitteilungen an die Amts- und Gemeindevorsteher über Sozialdemokraten ihres Bereiches, die an der Gründungsversammlung teilnahmen.

<sup>6</sup> Ebd. sowie LAS Abt. 309, Band I, Nr. 12.539.

Situationsbericht des Landrats Springer an die Regierung in Schleswig vom 25. Februar 1903.

Der Einzugsbereich des wiederbe-

Über ein Verbot während der Zeit des Sozialistengesetzes können leider keine Angaben gemacht werden. Aufgeführt und bei der Polizeibehörde angezeigt wird aber noch während des Sozialistengesetzes ein Arbeiterbildungsverein.<sup>4</sup>

Erst am 25. Januar 1903 waren die Vorbereitungen soweit abgeschlossen, daß eine Neugründung vorgenommen werden konnte. Die Gründungsversammlung fand im „Kolosseum“ am Rosengarten statt.

Dessen Inhaber, Lange, war selbst Sozialdemokrat und hat sich auch stark für die Partei engagiert.

An der Gründungsversammlung nahmen 71 Personen teil. Von diesen 71 Gründungsmitgliedern kamen außer aus der Stadt 16 aus Merkendorf, zwei aus Oevelgönne, zwei aus Roge und einer aus Hasselburg. Erster Vorsitzender wurde der Arbeiter Walter Wetkowski, Fischerstraße 126.<sup>5</sup>

Zum Tätigkeits- und Einzugsgebiet des neugegründeten Ortsvereins gehörten außer der Stadt Neustadt die Gutsbezirke Wintershagen, Sierhagen, Hasselburg und Oevelgönne sowie die Landgemeinden Roge, Sierksdorf, Bliesdorf und Merken-dorf.<sup>6</sup>

In der Anfangsphase tat sich der neugegründete Arbeiter- bzw. Ortsverein sehr schwer. Nicht nur, daß das Verhältnis zur hiesigen Polizeibehörde sehr gespannt war, die Partei machte selbst – ähnlich wie heute – eine ernste Theoriediskussion über den weiteren Weg der Arbeiterklasse durch. Diese Diskussion schlug sich bis zur untersten Basis nieder. Im Neustädter Ortsverein führte diese Theoriediskussion dazu, daß in den ersten drei Jahren des Bestehens eine starke Fluktuation eintrat.

Trotz dieser sich auch in Neustadt teilweise niederschlagenden gespannten Verhältnisse blieb aber immer noch ein großer Raum an Gemeinsamkeiten. Das war um so notwendiger, als Gewerkschaften und Partei nur vereint gegen die behördliche Willkür etwas ausrichten konnten. Wie die Verhältnisse zur damaligen Zeit waren, läßt sich an einem Beispiel am besten verdeutlichen:

Am 17. August 1904 erhielt der Vorsitzende des Arbeitervereins Röhlke von der Neustädter Polizei die Aufforderung, binnen 3 Tagen der Polizeiverwaltung einen vollständigen Mitgliedernachweis einzureichen. Da er der Meinung war, er brauche dem Ansinnen der Behörde nicht Folge zu leisten, nachdem alle Veränderungen der Polizei immer schriftlich mitgeteilt worden waren, fand er sich plötzlich vor den Kadi gezerrt. Das Neustädter Schöffengericht zeigte für seine Handlungsweise und Begründung Verständnis. Es sprach ihn frei. Hiergegen legte aber der Staatsanwalt Berufung ein. In der anschließenden Revisionsverhandlung vor der dritten Kieler Strafkammer am 24. November 1904 kam er nicht so glimpflich davon. Die Kammer hob das Urteil auf und erkannte auf 3,-RM Geldbuße, ersatzweise 1 Tag Haft. Dieses Urteil wurde von den Sozialdemokraten der Provinz Schleswig-Holstein als reine Schikane der staatlichen Behörden gegenüber ihren Organisationen sowie den verschiedenen sozialdemokratischen bzw. gewerkschaftlichen Institutionen angesehen.

Dementsprechend groß wurde dieser Vorgang in der Parteipresse des Landes herausgestellt. Aber auch einem Teil der bürgerlichen Presse behagte dieser Urteilsspruch – als über das Ziel hinausgeschossen – nicht.

Der Vorgang Röhlke sollte aber nicht der einzige bleiben, bei dem Sozialdemokraten aus Neustadt und Umgebung für ihr Handeln mit einer Geld- bzw. Ersatzbuße bestraft wurden.<sup>7</sup>

So wurden z. B. die Sozialdemokraten Storm jun. und sen. bei einer Agitationsfahrt in Grömitz vom Amtsvorsteher Meier zu je 3,- RM Strafe verurteilt, weil – nach Ansicht des Amtsvorstehers – die Diele eines Privathauses von diesem als offizieller Straßenraum angesehen wurde.<sup>8</sup>

Innerparteilich lief inzwischen alles seinen gewohnten Gang. Die monatlichen Mitgliederversammlungen wurden turnusmäßig abgehalten.

Die anstehende Reichstagsersatzwahl 1905 brachte keine großen politischen Veränderungen in der Stadt Neustadt bzw. des 9. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreises, da seit 1877 dieser Wahlkreis immer von einem konservativen Abgeordneten gewonnen wurde.<sup>9</sup>

Neustadts Sozialdemokraten hielten ihren guten Stimmenanteil. Anstelle des zum Regierungspräsidenten in Gumbinnen (Ostpreußen) ernannten bisherigen Abgeordneten Dr. Stockmann wurde der ebenfalls konservative Kieler Justizrat Bokkelmann in den Reichstag gewählt.

Größere Aktivitäten wurden erst im Jahre 1906 entwickelt. Auch in Neustadt ging man daran, was in anderen Städten gleicher Größenordnung längst üblich war, den 1. Mai würdig zu begehen.

Die Jahre 1906 bis 1914 sollten zu den Glanzzeiten der Gewerkschaften und der SPD im Neustädter Raum zählen. Seit dem Herbst 1905 wurde von der Agitationskommission des Bezirks eine Zeitschrift „Rote Landpost“, die für Landarbeiter und Dorfbewohner bestimmt war, herausgegeben. Mit großem Fleiß trugen die Neustädter Genossen diese in die umliegenden

gründeten Ortsvereins umfaßt nach dem Stand der Volkszählung vom 1. 12. 1900 = 7006 Einwohner, die sich auf folgende Gemeinden und Gutsbezirke aufteilten.

Entnommen aus „Die Bevölkerung der Gemeinden Schleswig-Holsteins 1867–1970“, S. 106 ff:

Stadt Neustadt	4600 Einwohner
Landgemeinde Roge	177 Einwohner
Landgemeinde Sierksdorf	330 Einwohner
Landgemeinde Bliesdorf	186 Einwohner
Landgemeinde Merkendorf	168 Einwohner
Gutsbezirk Wintershagen	132 Einwohner
Gutsbezirk Sierhagen	810 Einwohner
Gutsbezirk Hasselburg	430 Einwohner
Gutsbezirk Oevelgönne	173 Einwohner

<sup>7</sup> Stadtarchiv Neustadt i. Holstein, Abteilung B Fach III Nr. 68 Kreisverein der SPD für den 9. S. H. Reichstagswahlkreis.

In dieser Akte befindet sich der gesamte Vorgang Röhlke einschließlich der Prozeßakten des Kieler Landgerichtes. Ebenso die Abschrift eines Artikels der Itzehoer Nachrichten vom 26. November 1904.

Siehe ebenfalls Artikel in der VZ vom 16. Oktober 1904, Nr. 243 sowie Leitartikel zum Urteil des Landgerichtes in der VZ vom 26. November 1904, Nr. 277.

<sup>8</sup> Ebd., VZ vom 8. August 1905, Nr. 185.

<sup>9</sup> Siehe auch Zusammenstellung im Neustädter Wochenblatt vom 28. März 1903, Nr. 50:

	Kons.	Rchp.	Natl.	Fortschr.	Dfrs.	FVg.	FVp.	Sozd.	Ntsoz.	Versch.	zusam.
1871	2 646	–	–	5 273	–	–	–	63	–	–	7 982
74	–	–	–	6 871	–	–	–	8 098	–	240	15 209
77	6 940	–	981	2 518	–	–	–	4 741	–	42	15 222
Stichwahl	11 416	–	–	–	–	–	–	4 823	–	–	16 239
78	11 962	–	Lib.V	76	–	–	–	805	–	–	12 843
81	6 961	–	5 275	–	–	–	–	–	–	–	12 236
84	8 203	–	–	–	4 741	–	–	–	–	–	12 944
87	10 510	–	–	–	4 236	–	–	1 189	–	–	15 935
90	8 133	–	–	–	4 591	–	–	2 354	–	–	15 078
93	9 281	–	–	–	–	–	3 898	3 230	–	–	16 409
Nachwahl	97	8 177	–	–	–	1 400	1 785	2 695	2 148	–	16 205
98	–	9 091	–	–	–	–	873	2 689	3 981	–	16 634

vorgenommene Abkürzungen:

Kons. – Konservative, Fortschr. – Fortschritt, Sozd. – Sozialdemokraten

Es wurden gewählt von

1871–1874 Professor Seelig, Fortschritt

1874–1877 Otto Reimer, Zigarrenmacher, Sozialdemokrat

1877–1897 Graf v. Holstein-Water-Neuerstorff, Konservativ

1897–1898 v. Tungeln-Schmoel, Gutspächter, Konservativ

1898–1905 Dr. Stockmann, Konsistorialpräsident, Konservativ

<sup>10</sup> LAS Abt. 309, Nr. 12 539 Band II, Akten der königlichen Regierung zu Schleswig – Verzeichnis der im Regierungsbezirk vorhandenen sozialdemokratischen Vereine. Bericht des Landrats Springer vom 1. Februar 1906. Am 30. Januar 1906 Gründung des Arbeitervereins Grömitz und Umgebung mit 19 Gründungsmitgliedern.

*Ausbreitungsgebiet des Arbeitervereins:*

Landgemeinden: Grömitz, Lenste, Cismar und Alt-Rathjensdorf sowie die Gutsbezirke: Brodau und Sievershagen.

S. a. LAS Abt. 309 Nr. 12 535.

Bericht des Landrates an die Regierung vom 9. Oktober 1905 J. Nr., 66 S. In diesem Bericht teilte Springer mit, daß seit einem Jahr acht Mitglieder aus Grömitz und Umgebung, darunter W. Scharfenberg, Rothenhuse, im Arbeiterverein Neustadt aktiv tätig seien.

<sup>11</sup> Neustädter Stadtarchiv Abt. B Fach III Nr. 68.

In einem Schreiben vom 25. Juli 1908, Tgb. Nr. 4621, teilte Bürgermeister Tauscher u. a. dem Landrat mit, daß die Mitglieder des SPD-Ortsvereins Neustadt nicht nur ihren Wohnort in Neustadt und Umgebung, sondern auch in Orten wie Plön (16 Mitglieder), Heiligenhafen (9 Mitglieder) und Großenbrode hätten.

Ebd., siehe auch Abt. B Fach III Nr. 6 Sozialdemokratische Bestrebungen und Anarchisten.

Meldungen der Neustädter Polizeiverwaltung an den Landrat vom 15. Februar 1908. Dort wird u. a. berichtet, daß die Entwicklung des SPD-Ortsvereins Neustadt äußerst positiv verlaufen sei. Die Mitgliederzahlen konnten von 95 auf 107 und in dem Bericht vom 18. Juni 1908 auf 109 Mitglieder gesteigert werden. Diese Mitglieder kamen aus folgenden Städten, Gemeinden und Ortschaften:

	Stand 15. 2. 08	Stand 18. 6. 08
Neustadt	73 Mitglieder	75 Mitglieder
Plön	16 Mitglieder	16 Mitglieder
Heiligenhafen	9 Mitglieder	9 Mitglieder
Albersdorf	1 Mitglied	1 Mitglieder
Wintershagen	1 Mitglied	- Mitglieder
Bliedorf	1 Mitglied	1 Mitglied
Hermannshof	1 Mitglied	1 Mitglied
Oldenburg i. Holstein	1 Mitglied	1 Mitglied
Kl. Schlamin	1 Mitglied	1 Mitglied
Dahme	1 Mitglied	2 Mitglieder
Großenbrode	1 Mitglied	1 Mitglied
Oevelgönne	1 Mitglied	1 Mitglied

Dörfer und Gutsbezirke. Hierdurch und durch die bewährte Mund-zu-Mund-Propaganda konnten auch in diesen Gebieten Landarbeiterstimmen für die Sozialdemokratie gewonnen werden.

Für die Sozialdemokratie entwickelte sich Neustadt immer mehr zum Zentralort des gesamten ostholsteinisch-wagrischen Raumes. Einzige Ausnahme bildete nur die Insel Fehmarn. Von Neustadt ausgehend, erfolgten die weiteren Neugründungen von Arbeitervereinen im Landkreis Oldenburg erst im Jahre 1906. Wie selbstverständlich erfolgte die nächste Neugründung in der unmittelbaren Nähe der Stadt Neustadt. Am 30. Januar 1906 wurde als zweiter Verein der Arbeiter-Ortsverein Grömitz und Umgebung mit 19 Mitgliedern gegründet. Vorher gehörten bereits rund ein Jahr lang acht Grömitzer Sozialdemokraten, darunter der erste Vorsitzende des Arbeitervereins, W. Scharfenberg aus Rothenhuse, als Hospitanten dem Arbeiterverein Neustadt an.<sup>10</sup>

Wie beim Arbeiterverein Grömitz stellte der Arbeiter-Ortsverein Neustadt auch bei den später gegründeten Ortsvereinen Heiligenhafen und Plön die organisatorische Basis. So gehörten lt. den Berichten der Neustädter Polizeiverwaltung bis zum Herbst 1908 immerhin 15 bzw. 9 Mitglieder aus Plön und Heiligenhafen dem Neustädter Ortsverein an.<sup>11</sup> Zum Jahresende 1906 gab es im Landkreis Oldenburg die Ortsvereine Neustadt mit 94, Grömitz mit 17 und Burg a. F., zuständig für die gesamte Insel, mit 34 Mitgliedern. Der Ortsverein Burg a. F. wurde ebenfalls im Spätsommer 1906 gegründet.<sup>12</sup>

Mit der Reichstagsauflösung im Jahre 1906 setzte ein Wahlkampf von besonderer Heftigkeit ein. Die Auflösung geschah nach der Ablehnung des Nachtragsetats für die Deutsche Kolonie Südwestafrika. Als „Hottentottenwahl“ ging diese Reichstagswahl vom 25. Januar 1907 in die Geschichte ein, zumal die in Deutschland herrschenden Kräfte den Aufstand der Herero in Südwestafrika ausnutzten, um die Gegner der Kolonialpolitik, in erster Linie die Sozialdemokraten, für national minderwertig zu erklären. Dieser vereinigte bürgerliche Angriff, verbunden mit einer außerordentlich hohen Wahlbeteiligung, führte dazu, daß der Stimmenanteil der Sozialdemokraten erheblich sank und die Zahl ihrer Mandate fast um die Hälfte reduziert wurde. Waren vorher 81 Abgeordnete der SPD im Reichstag vertreten, gab es nach dieser Wahl nur noch 43. Von ihren bisherigen fünf Reichstagsmandaten der Provinz Schleswig-Holstein gingen drei wieder verloren.<sup>13</sup> Gehalten werden konnten nur die Mandate von Frohme, Altona, und Legien, Kiel. Während in den Dörfern von den Bürgerlichen zum Teil starke Gewinne, die alle zu Lasten der Sozialdemokraten gingen, verbucht werden konnten, wurde das Ergebnis in Neustadt gehalten. Die Wahlbeteiligung war außerordentlich stark. Sie betrug 88,63%. 914 Wähler waren zur Wahl gegangen. Der SPD-Kandidat Weinheber erhielt hier 217 Stimmen bei insgesamt 1465 abgegebenen Stimmen für die SPD im gesamten Kreis Oldenburg. Im 9. Reichstagswahlkreis erhielt er hingegen nur noch 3707 Stimmen.<sup>14</sup> Erstmals, da keiner der

<sup>12</sup> LAS Abt. 309 Nr. 12 531, Akten über die Sozialdemokratische Bewe-

drei Kandidaten die absolute Mehrheit erreichte, mußte nach rund dreißig Jahren zur Stichwahl geschritten werden. In dieser Wahl erhielten der bisherige konservative Abgeordnete Justizrat Bockelmann 9621 Stimmen und der freisinnige Kieler Arzt Dr. Struve 9954 Stimmen. Er wurde somit der Nachfolger von Bockelmann als Reichstagsabgeordneter. An diesem Sieg hatten die Sozialdemokraten einen großen Anteil, da sie sich öffentlich für Dr. Struve entschieden und für ihn agitierten.

Die zwischenzeitlich einsetzende Wirtschaftskrise zwang Industrie und Baugewerbe, viele Arbeiter zu entlassen. Verschlimmert wurde die schon nicht rosige Lage vieler Arbeiter durch eine gleichzeitig einsetzende Lebensmittelverteuerung. Allenorts fanden dagegen Protestversammlungen statt. Partei und Gewerkschaften waren in dieser Zeit sehr aktiv.

Leider hatten die Neustädter Sozialdemokraten gewisse Schwierigkeiten, am Ort selbst ihre Stellungnahme gegenüber der breiten Öffentlichkeit darzulegen. Schon während des Wahlkampfes zur Reichstagswahl am 25. Januar 1907 hatten sich der Ortsvereinsvorstand mit dem Gastwirt Lange als Besitzer des „Kolosseums“ über einen neuen Pachtvertrag derart zerstritten, daß Lange aus Verärgerung aus der SPD austrat. Außerdem erteilte er dem SPD-Ortsverein sowie der örtlichen Gewerkschaftsbewegung bis auf weiteres Lokalverbot.

Welche Schadenfreude mochte in den Schriftsätzen des Bürgermeisters Tauscher in seiner Eigenschaft als Polizeiverwalter liegen, als dieser am 10. Juli 1907 dem Landrat in Cismar erfreut mitteilen konnte, daß bis zum damaligen Zeitpunkt keine Versammlung – weder von der SPD noch von den Gewerkschaften – abgehalten wurde, da es beiden nicht gelang, in der Stadt ein anderes Lokal zu bekommen.<sup>15</sup> Da nach einigen klärenden Gesprächen alle am Streit Beteiligten endlich einsahen, daß es im gewerkschaftlichen sowie politischen Leben ohne Vereinslokal nicht weitergehen konnte, wurde nach einigem Hin und Her ein Kompromiß gefunden, so daß am 1. August 1907 die erste „Volksversammlung“ wieder durchgeführt werden konnte.<sup>16</sup>

In einem vertraulichen Erlaß des Regierungspräsidenten zu Schleswig vom 8. November 1904 an die Polizeibehörden wurde gerügt, daß diese Behörden der „*gewerkschaftlichen Bewegung, die in hiesiger Provinz durchweg unter sozialdemokratischem Einfluß steht, nicht überall die gebührende Aufmerksamkeit zuwenden*“. In einem Falle habe festgestellt werden müssen, „*daß eine Ortspolizeibehörde, die in Besitz von Material war, um ggf. vor dem Königlichen Oberverwaltungsgericht den Beweis zu führen, daß das Kartell sich mit politischen Angelegenheiten befaßt*“, dieses nicht verwendet habe. Gerügt wurde ferner, daß den Gewerkschaften wiederholt öffentliche Aufzüge, „*sogar mit Musik*“, nachgelassen worden seien. Es heißt dann weiter: „*Diese gewerkschaftlichen Verbände (Gewerkschaften, Gewerkschaftskartelle, Zahlstellen) bilden nach der Entwicklung, die sie genommen haben, den Kern der heutigen sozialdemokratischen Partei. Jedes von ihnen geworbene Mitglied wird mit Sicherheit alsbald Mitglied der Sozialde-*

gung s. a. Bericht des Landrates an die Regierung zu Schleswig vom 23. August 1906 Tgb. Nr., 94 S.

In diesem Bericht teilte Landrat Springer u. a. mit, daß die Arbeitervereine Vorwärts Neustadt und Grömitz in Ortsvereine umgewandelt worden sind.

– Außerdem wurde in Burg a. F. ein neuer SPD-Ortsverein gegründet. Die Kompetenz dieses Ortsvereins erstreckt sich über das Gebiet der gesamten Insel Fehmarn.

– Lt. diesem Bericht gab es im Landkreis Oldenburg drei Ortsvereine mit folgenden Mitgliederzahlen:

Neustadt i. Holstein	94 Mitglieder
Grömitz	17 Mitglieder
Burg a. F.	34 Mitglieder

<sup>13</sup> Siehe auch Franz Osterroth 1967, 100 Jahre SPD in Schleswig-Holstein, S. 33 ff.

<sup>14</sup> Siehe auch Neustädter Wochenblatt vom 14. Januar 1912, Nr. 11.

<sup>15</sup> Stadtarchiv Neustadt Abt. B Fach III Nr. 1.

Schreiben der Polizeiverwaltung Neustadt vom 10. Juli 1907, Tgb. Nr. 4662 an den Landrat in Cismar.

<sup>16</sup> Ebd., Bericht des Bürgermeisters Tauscher an den Landrat.

*mokratie. Ihre Festlichkeiten und Auszüge dienen weniger harmloser Belustigung als dem Zwecke der Demonstration, der Verstärkung des Zusammenhalts und der Werbung neuer Mitglieder. Sie haben mithin keinen Anspruch auf eine andere amtliche Behandlung als die ausgesprochen sozialdemokratischen Vereine, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken.“*

Weil die Gewerkschaften ihr gutes Recht ausübten, neue Mitglieder zu werben, den Zusammenhalt der Mitglieder zu stärken, deshalb mußten sie der Polizeiaufsicht und -schikane unterworfen werden!

Andere Erlasse der Landespolizeibehörden drängten auf eine einheitliche Regelung in der Behandlung von Anträgen der Gewerkschaften auf Gestattung der Abhaltung öffentlicher Feste, Bälle usw., um derartige Veranstaltungen nach Möglichkeit zu verhindern oder zu erschweren und ihnen jede „gemeingefährliche Aeußerlichkeit“, wie z. B. die Entfaltung sozialdemokratischer Embleme, roter Fahnen usw., „mit Rücksicht auf die zu befürchtende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu verbieten“. Die periodischen Polizeiberichte über die gewerkschaftliche Bewegung umfaßten – gleich denen über die Sozialdemokratische Partei – alle in Betracht kommenden Einzelheiten: Stand der Organisation, Zahl und Wachstum ihrer Mitgliedschaften, Gründung neuer Gewerkschaften, Gewerkschaftskongresse, Verbreitung der Gewerkschaftspresse, Arbeitersekretariate, Agitation, Kampf für Sicherung des Koalitionsrechts und Arbeiterschutz, Protestbewegung gegen die Umsturz- und Zuchthausvorlage, Beteiligung an der Maifeier, Streiks und Aussperrung usw.<sup>17</sup>

Die durch die schlechte Wirtschaftslage auch im Raum Neustadt von den Gewerkschaften und der Partei entfachten Aktivitäten veranlaßten den Landrat in Cismar, sich hierüber einen genaueren Überblick zu verschaffen. In einem Schreiben, in dem Verhaltensmaßnahmen für die Polizei aufgezeigt werden, wandte sich Landrat Springer am 14. Mai 1907 an die Neustädter Polizeibehörde.<sup>18</sup>

*„Cismar, den 14. Mai 1907*

*Ich bin damit einverstanden, daß bis auf weiteres davon abgesehen wird, die Versammlungen der dort bestehenden sozialdemokratischen Gewerkschaften sämtlich polizeilich zu überwachen. Dagegen ordne ich hiermit an, daß*

- 1. sämtliche Versammlungen des dortigen sozialdemokratischen Ortsvereins und*
- 2. sämtliche von sozialdemokratischer Seite einberufenen sogenannten öffentlichen Volksversammlungen ohne jede Ausnahme polizeilich überwacht werden und daß*
- 3. hin und wieder, mindestens vierteljährlich einmal auch die Versammlungen jeder der dort bestehenden sozialdemokratischen Gewerkschaften einer polizeilichen Überwachung unterworfen werden.*

*Die Auswahl der polizeilich zu überwachenden Versammlungen der unter 3 bezeichneten Art überlasse ich der Polizeiverwaltung mit der Maßgabe, daß über sämtliche Versammlungen der*

<sup>17</sup> Siehe auch Karl Frohme, Politische Polizei und Justiz.

Kapitel 6 – Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung, S. 83–87.

<sup>18</sup> Stadtarchiv Neustadt Abt. B Fach III Nr. 1.

Nachdem Bürgermeister Tauscher gebeten hatte, als Polizeiverwalter nicht alle Vorstandssitzungen des SPD-Ortsvereins besuchen zu müssen, erfolgte die im Bericht abgedruckte Antwort des Landrates. Tgb. Nr. 5183.

sozialdemokratischen Gewerkschaften von der Polizeiverwaltung eine Liste zu führen ist, aus der sich ergibt, wann jede jener Gewerkschaften Versammlungen abgehalten hat und welche dieser Versammlungen polizeilich überwacht worden sind. Ich behalte mir vor, diese Liste von Zeit zu Zeit zur Einsicht einzufordern.

gez. Springer.“

In den demgemäß gefertigten Berichten an den Landrat wurde mitgeteilt, daß der sozialdemokratische Verein Neustadt 1907 sieben Mitgliederversammlungen und im Jahre 1908 zwölf Mitgliederversammlungen abgehalten hat. Veranstaltungsort war immer das Vereinslokal „Kolosseum“, Beginn jeweils 8.00 Uhr oder 8.30 Uhr. Über die Aktivitäten der Neustädter Gewerkschaften lesen wir u. a.: „Die Versammlungen der Zahlstelle des Bauarbeiterverbandes (Maurer) fanden am ersten Sonntag eines jeden Monats (bis zum 31. März 1908) statt, beginnend 4.00 Uhr nachmittags, im Kolosseum. 1908 an jedem zweiten Sonntag nach dem Ersten eines jeden Monats (vom 1. Februar bis zum 31. Januar 1909), nachmittags 4.00 Uhr, im Kolosseum.“

Nach dem Stadtbrand von 1817 wurde auch vermehrt außerhalb der Altstadt gebaut. Am Rosengarten befand sich in dem großen Gebäude links, dem Kolosseum, nach der Jahrhundertwende auch Gewerkschaftshaus genannt, eine Handwerkergehilfenherberge mit Gaststätte und Tanzsaal. Im Obergeschoß hatte der Zentralverein für den 9. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis von 1900 bis zur Auflösung im Juni 1919 seinen Sitz. Außerdem war hier bis zur Machtübernahme durch die NSDAP, 1933, das Büro des SPD-Ortsvereins bzw. des Gewerkschaftskartells (Ortsausschuß des ADGB, Neustadt). Auch eine Gewerkschaftsbibliothek befand sich in diesem Gebäude. Das Haus wurde 1979 infolge der Altstadtsanierung abgerissen. Die Aufnahme stammt von ca. 1900 (Bild: Privatarchiv J. H. Koch)



Die Zahlstelle des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter Deutschlands, Bevollmächtigter Gustav Heier, Grüner Gang 79, hatte nach Ausweis der Akten bis 1907 regelmäßige Versammlungen nicht angemeldet.

Die Versammlungen der Zahlstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes fanden statt:

Jeden Dienstag nach dem Ersten eines jeden Monats, abends um 8.00 Uhr, im Kolosseum. Im Jahre 1908 jeden ersten Mitt-

woch nach dem Ersten eines jeden Monats, abends um 8.30 Uhr, im Kolosseum.<sup>19</sup>

Als weiterer großer Streitpunkt der Jahre vor dem Ersten Weltkrieg können Fragen der Ortskrankenkasse Neustadt angesehen werden. Den konservativen Verhältnissen unseres Bereiches hatte sich die Kasse angepaßt. Dem versuchten die Sozialdemokraten im Interesse der versicherten Arbeitnehmer entgegenzuwirken. So referierte z. B. der Kieler Arbeitersekretär Albert Weber in einer öffentlichen Volksversammlung am 13. Oktober 1906 über das Krankenkassenwesen. Der Saal im Kolosseum war brechend voll. In seinem zweistündigen Referat bedauerte Weber zunächst, daß im Bereich des Krankenkassenwesens nichts Einheitliches geschaffen würde. Anschließend zitierte Weber aus dem Statut der Neustädter Ortskrankenkasse einige Paragraphen, die aufzeigten, wieviel hier noch zu wünschen wäre. Verbesserungen könnten aber nur geschehen, wenn Leute in den Vorstand gewählt würden, zu denen die Arbeiterinnen und Arbeiter das nötige Vertrauen hätten und die auch ein Interesse daran hätten, die Krankenkasse in Neustadt zu dem zu gestalten, was sie eigentlich sein sollte, eine wirkliche Unterstützungskasse. Die Generalversammlung der Ortskrankenkasse, in der die Vertreterwahl vorzunehmen sei, müsse daher genauso intensiv besucht werden wie die heutige Versammlung. Nur dadurch könne man sicherstellen, daß die dem Arbeitnehmer genehme Vertretung in den Vorstand hineingewählt werde.<sup>20</sup> Das gelang den Sozialdemokraten gut ein Jahr später. Dadurch, daß man in der Arbeiterschaft die nötige Propaganda betrieb, wurden die Arbeiter Rudolf Knoop und der Vorsitzende des sozialdemokratischen Zentralvereins, Kolporteur August Meyer, in den Vorstand der Ortskrankenkasse gewählt. Leider hatten die Sozialdemokraten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. In der Sitzung am 12. Dezember 1907 wurde August Meyer von der Aufsichtsbehörde, da er zwar Mitglied der Kasse, nicht aber Mitglied der Generalversammlung war, die Teilnahme an dieser verboten. Über diesen Vorgang und das Verhalten einiger Arbeitgeber, was in der Arbeiterschaft große Erregung hervorrief, diskutierte die SPD in einer öffentlichen Protestvolksversammlung. Sie wurde am 18. Dezember im Kolosseum abgehalten. An dieser Versammlung nahmen ca. 150 männliche und fünf weibliche Personen teil. Referent war der Arbeitersekretär Fritz Gress aus Kiel. Dieser sprach zunächst seine Verwunderung darüber aus, daß die Polizeiverwaltung einen Beamten zur Überwachung in die Versammlung geschickt hatte. Krankenkassenangelegenheiten seien keine öffentlichen Angelegenheiten, und somit habe der Polizeibeamte hier nichts verloren. Um diese Protestversammlung nicht platzen zu lassen, wurde ausnahmsweise darauf verzichtet, den Polizeibeamten aufzufordern, die Versammlung zu verlassen. Derartige Vorkommnisse sollten in Zukunft aber nicht geduldet werden.

Zu der Frage, ob die Aufsichtsbehörde berechtigt war, den Mitgliedern die Teilnahme an der Generalversammlung zu verbieten, führte Gress aus, daß es überhaupt keinen Paragra-

<sup>20</sup> Ebd., Bericht des anwesenden Polizeibeamten.



phen im Gesetz gäbe, der dem Landrat ein Recht hierzu verleihe. Gegen diesen rechtswidrigen Angriff des Landrats in Cismar müßten die Krankenkassenmitglieder sich energisch wehren und ihre Vertreter beauftragen, dafür zu sorgen, daß eine neue Generalversammlung einberufen werde, die den Beschluß zu fassen habe, daß auch Mitglieder, die nicht Vertreter seien, an der Generalversammlung teilnehmen dürften. Es wurde weiter beschlossen, sollte dieses Vorhaben nicht gelingen, daß alle Mitglieder aufgefordert werden sollten, bei der nächsten Vertreterwahl, die im Herbst des Jahres 1908 stattfinden werde, auf dem Posten zu sein hätten, um dafür zu sorgen, daß dem Arbeiter genehme Vertreter gewählt würden, die somit eine Satzungsänderung herbeiführen könnten. Aus der Versammlung heraus wurde noch folgende Resolution eingebracht:

*„Die heutige öffentliche Versammlung der Arbeiterschaft Neustadts protestiert auf das Entschiedenste gegen jeden unberechtigten Eingriff der Behörden in das ohnehin schon verkümmerte Recht der Selbstverwaltung der Krankenkassen. Die Versammlung hält es im Interesse der Versicherten für durchaus notwendig, daß die Kassenorgane jeden unberechtigten Eingriff und jeden Versuch der Behörden, die Aufsichtsbefugnisse auszudehnen, energisch zurückweisen müssen. Sie betrachtet die Erhaltung und Erweiterung des Selbstverwaltungsrechts der Krankenkassen als ein Stück Befreiungskampf der Arbeiterschaft. Die Versammlung bedauert deshalb auf das Lebhafteste, daß der Vorstand und die Mehrheit der Generalversammlungsvertreter der Ortskrankenkasse in Neustadt die unberechtigten Eingriffe des Landrats in Cismar nicht energisch zurückgewiesen haben und erwartet von den Versicherten, daß sie bei künftigen Neuwahlen dafür sorgen werden, solche Personen zu wählen, die gegen derartige Maßnahmen der Behörden energisch Front machen.“<sup>21</sup>*

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Außerdem setzte der Ortsverein Neustadt eine Kommission ein, die sich mit den benötigten Änderungen des Status der Ortskrankenkasse Neustadt zu befassen hatte, um den Mitgliedern Änderungsvorschläge zu unterbreiten.<sup>22</sup>

Die Antwort der Aufsichtsbehörde auf die Protestversammlung ließ nicht lange auf sich warten. Mit Beschluß vom 30. Dezember 1907 teilte diese mit, daß die Wahl des Kolporteurs August Meyer in den Vorstand der Ortskrankenkasse für ungültig erklärt worden sei.<sup>23</sup>

Um aber wieder zu einem gedeihlichen Zusammenwirken der Selbstverwaltungsorgane zu gelangen, wurde, nachdem die Legislaturperiode abgelaufen war und neue Männer in die Vertreterversammlung gewählt worden waren, die alte Satzung geändert. Dem § 25 wurde hinzugefügt: *„Mitglieder, welche nicht Vertreter sind, dürfen als Gäste den Generalversammlungen beiwohnen, dürfen sich aber nicht an den Abstimmungen sowie an den Diskussionen beteiligen.“* Diese Änderung wurde zähneknirschend von der Aufsichtsbehörde genehmigt, da hierüber ein einstimmiger Beschluß vorlag. Gleichzei-

<sup>21</sup> Ebd. Begründet durch August Meyer, Vorsitzender des Zentralvereins für den 9. Schleswig-Holsteinischen Reichstagswahlkreis.

<sup>22</sup> Ebd. sowie VZ vom 21. Dezember 1907, Nr. 299.

<sup>23</sup> Ebd. Mit welchen harten Bandagen in Neustadt um die Besetzung der Vorstandssitze gekämpft wurde, verdeutlicht am besten die Einladung zur großen öffentlichen Volksversammlung für Donnerstag, den 9. Januar 1908. Unter Punkt 2 der Tagesordnung wurde aufgeführt:

„Hat der Vorstand der Ortskrankenkasse hierselbst bisher die Statuten gekannt?“

Als Begründung wurde angegeben:

„Der zweite Punkt der Tagesordnung ist deshalb für sämtliche Mitglieder männlich sowohl wie weibliche Arbeitnehmer, von Wichtigkeit, weil in nächster Zeit wieder eine Generalversammlung stattfinden muß, um die Wahl eines Vorstandsmitgliedes vorzunehmen. Die Wahl des Kolporteurs A. Meyer ist auf Beschluß der Aufsichtsbehörde vom 30. Dezember 1907 aufgrund des § 45 Abs. 1 des Krankenversicherungsgesetzes und nach § 39 des Kassenstatuts für ungültig erklärt worden. Da dies nicht das erste Mal ist, daß gegen diese Paragraphen verstoßen ist, fragt man sich jetzt: „Was ist los, ist etwas faul im Staate Dänemark?“ Die Mitglieder, und besonders die Vertreter, müssen sich klar darüber werden, was sie in der betreffenden Generalversammlung zu tun haben.“ Dieses bei der VZ in Kiel gedruckte Flugblatt wurde von den Sozialdemokraten in alle Haushalte getragen.

tig wurden in dieser Sitzung noch einige weitere Änderungen der Satzung beschlossen. Der Weg war damit freigeworden. Zusammen mit dem Tischler C. Strohhohn rückte der Kolporteur August Meyer in den Vorstand der Ortskrankenkasse ein. Sie sollten diese Position bis Ende 1913 innehaben. Die Größe und Leistungsstärke der Ortskrankenkasse Neustadt mögen folgende Zahlen für die Jahre 1908 bis 1911 verdeutlichen:

*Ortskrankenkasse Neustadt*

Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug

	männlich	weiblich	zusammen
im Jahre 1908	781	128	909
im Jahre 1909	814	131	945
im Jahre 1910	769	148	917
im Jahre 1911	786	151	937

	1908	1909	1910	1911
Es betrug die				
Erkrankungsfälle				
der männl. Mitglieder	198	234	242	257
der weibl. Mitglieder	32	39	44	35
Krankheitstage				
der männl. Mitglieder	3487	5354	4974	4692
der weibl. Mitglieder	860	1023	1072	1056
Sterbefälle				
der männl. Mitglieder	4	10	11	9
der weibl. Mitglieder	1	1	5	–

Nachdem die Ortskrankenkasse zum 1. Januar 1914 in eine „Allgemeine Ortskrankenkasse“ umgewandelt worden war, setzte sich der neue Vorstand wie folgt zusammen:

a. *Arbeitgeber*

Vorstandsmitglieder:

1. J. H. Dose, Tiefbauunternehmer.
2. J. Ehlers, Buchdruckereibesitzer.
3. J. Ehrich, Zimmermeister.

Ersatzmänner:

1. Karl Schmidt, Klempnermeister.
2. Wilh. Horn, Tischlerei.
3. W. Schurbohm, Zimmermeister.

b. *Versicherte*

Vorstandsmitglieder:

1. R. Knoop, Arbeiter.
2. E. Langtim, Arbeiter.
3. W. Puls, Maurer.
4. H. Rosburg, Arbeiter.
5. C. Strohhohn, Tischler.
6. A. Vahlendieck, Arbeiter.

Ersatzmänner:

1. H. Neutmann, Lagerhalter.
2. C. Tretow, Arbeiter.
3. A. Kuhrdt, Arbeiter.
4. W. Ahlers, Arbeiter.
5. K. Wehrend, Arbeiter.
6. C. Garber, Arbeiter.<sup>24</sup>

Erstmalig waren alle Vorstandsmitglieder auf der Versichertenseite Sozialdemokraten und bewährte örtliche Gewerkschaftsfunktionäre. Bei diesen Wahlen entstanden keine Schwierigkeiten. Anders hingegen sah es bei der ebenfalls am 1. Januar 1914 neugegründeten Ortskrankenkasse des Kreises

<sup>24</sup> Siehe auch LAS Abt. 320 Nr. 406, Oldenburg.

Ortskrankenkasse Neustadt in Holstein 1905–1909:

*nicht vollständig*

*Vorstand der AOK Neustadt*

*gewählt am*

1. J. Ehlers, Buchdruckereibesitzer, Vors. 28. 11. 1909

2. J. H. Dose, Tiefbauunternehmer 23. 11. 1908

3. Hugo Prüß, Maurermeister 23. 11. 1908

4. Rudolf Knoop, Arbeiter 28. 11. 1909

ausgeschieden am 27. 2. 1910,

dafür gewählt:

N4. August Vahlendieck, Pantoffelmacher, Schriftf. 27. 2. 1910

5. August Meyer, Kolporteur 28. 11. 1909

6. Carl Strohhohn, Arbeiter 28. 11. 1909

Oldenburg aus. Dort lagen für die Wahl drei Wahlvorschläge vor, nämlich der vom Versicherungsamt aufgestellte Wahlvorschlag Nr. 1, der von einigen Heiligenhafener Kassenmitgliedern aufgestellte Wahlvorschlag Nr. 2 und der vom Lagerhalter Schönfeld des sozialdemokratischen Kieler Konsumvereins in Burg a. F. mit 29 weiteren Versicherten aufgestellte Wahlvorschlag Nr. 3. Während vom Versicherungsamt versucht wurde, einen ihr genehmen Vorstand bzw. eine Vertreterversammlung bei der neuen Kasse zu bekommen, widersetzten sich die Sozialdemokraten diesem Vorschlag energisch. Es wurde versucht, die Ausschüsse der Krankenkassen, soweit sie von seiten der Versicherten zu besetzen waren, unter den entscheidenden Einfluß der Sozialdemokratie zu stellen. Allerdings hatte die sozialdemokratische Liste einen großen Nachteil, denn überwiegend waren auf den ersten sicheren Plätzen nur Fehmarnner vertreten. Ferner setzte sich die Liste zum großen Teil aus Arbeitnehmern des Baugewerbes zusammen. Die übrigen Handwerksbetriebe waren nur vereinzelt vertreten, Handels- und Verkehrsgewerbe fehlten überhaupt.<sup>25</sup> Am 20. Oktober 1913 fand die Wahl für die neuen Organe statt. Es wurden insgesamt 120 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf den Vorschlag Nr. 1 des Aufsichtsamtes 43, Vorschlag Nr. 2 erhielt keine und die sozialdemokratische Liste Nr. 3 77 Stimmen. Bei der Gruppe der Arbeitgeber brauchte keine Wahl stattzufinden, da hier nur die vom Aufsichtsamt vorgeschlagene Liste vorlag.<sup>26</sup>

Mit dieser Wahl sollten die Querelen mit dem Aufsichtsamt aber noch nicht ihr Ende finden. Gegen die von Landrat Springer, Cismar, willkürlich vorgenommene Aufteilung der Vorstandsposten liefen die Arbeitnehmer Sturm. Obgleich die sozialdemokratische Liste Nr. 3 bei der durchgeführten Wahl 77 Stimmen erhalten hatte, sah der Vorschlag des Landrates vor, den Sozialdemokraten nur 2 Vorstandssitze zuzubilligen, während der Wahlvorschlag des Aufsichtsamtes mit seinen 43 abgegebenen Stimmen die restlichen 4 Vorstandssitze der Arbeitnehmerseite erhalten sollte. Bei der Besetzung der Stellvertreter sollten die Sozialdemokraten noch schlechter abschneiden. Wie unwohl selbst den bürgerlichen Versichertenvertretern bei der Vorstandswahl war, verdeutlicht am besten das Abstimmungsergebnis der ersten Sitzung vom 30. Dezember 1913. In dieser Sitzung ging es um die endgültige Vorstandsbesetzung auf der Versichertenseite.<sup>27</sup>

Von den 5 abgegebenen gültigen Stimmen (eine Stimme war ungültig) entfielen auf den Wahlvorschlag Nr. 1 (Aufsichtsamt) zwei und auf den Wahlvorschlag Nr. 3 (Sozialdemokraten) drei Stimmen. Trotz dieses Wahlergebnisses wurde der Vorstand auf der Versichertenseite so besetzt, wie es der Landrat (sprich das Aufsichtsamt) wollte.<sup>28</sup>

Unter Einschaltung des Oberversicherungsamtes gelang es, nach fast einem halben Jahr bei der Vorstandsbesetzung eine alle Seiten befriedigende Lösung zu finden.

In der ersten Sitzung des endlich arbeitsfähigen Vorstandes wurden der Arbeitgebervertreter, Kaufmann Kruse, zum Vor-

<sup>25</sup> LAS Abt. 320 Oldenburg Nr. 5 Kreisausschuß.

Lt. dem in dieser Akte vorhandenen Protokoll wurde in der Sitzung des Oldenburger Kreistages vom 24. Januar 1913 unter *Tagesordnungspunkt 9* nach langer strittiger Diskussion mit 16 gegen 5 Stimmen beschlossen, lt. Vorlage des Kreisausschusses für den Kreis Oldenburg eine Land- und eine Allgemeine Ortskrankenkasse zu errichten. In dieser ab dem 1. Januar 1914 neu zu errichtenden AOK Oldenburg würden die bisher selbständigen Ortskrankenkassen Burg a. F., Heiligenhafen und Oldenburg aufgehen. Die Allgemeine Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Neustadt in Holstein blieb weiterhin als selbständige Kasse bestehen. Sie wurde erst aufgrund der 10. Verordnung zum Aufbau der Sozialversicherung durch einen endgültigen Beschluß des Oberversicherungsamtes in Schleswig mit Wirkung vom 1. Januar 1936 aufgelöst und mit der Kreiskrankenkasse des Kreises Oldenburg vereinigt. S. a. Amtliche Bekanntmachung im Neustädter Tageblatt vom 1. Januar 1936.

Bis zur Auflösung der AOK Neustadt sollte sich diese beachtlich entwickeln. Lt. Jahrbuch des Landesverbandes der Ortskrankenkassen Norden, Hamburg 1927, zählte die AOK Neustadt im Jahresdurchschnitt 1926 = 1715 (1251 m, 464 w) Mitglieder, abgedruckt auf S. 34/35.

Die inzwischen von der AOK Oldenburg zur Kreiskrankenkasse des Kreises Oldenburg i. H. umfunktionierte Kasse hatte dagegen im Jahresdurchschnitt 1926 = 12 560 (8704 m, 3856 w) Mitglieder, abgedruckt auf S. 36.

Siehe auch die Bekanntgabe der 3 Listen sowie den ausführlichen Kommentar im Neustädter Wochenblatt vom 18. Oktober 1913.

S. a. die verschiedensten amtlichen Veröffentlichungen im Kreisblatt für den Kreis Oldenburg, Jg. 1913 vom 29. August 1913, S. 237–242, vom 9. Oktober 1913, S. 285–289 sowie vom 29. Oktober 1913, S. 303–305.

<sup>26</sup> Ebd., Bekanntgabe des Wahlergebnisses der neuzubildenden AOK des Kreises Oldenburg vom 30. November 1913.

<sup>27</sup> Siehe auch Ostholsteiner Zeitung vom 8. Januar 1914, Kommentar und Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

<sup>28</sup> Ebd. Lt. abgedrucktem Vorschlag des Versicherungsamtes sollte sich der Vorstand auf Arbeitgeber- und Versichertenseite wie folgt zusammensetzen:

*Gruppe der Arbeitgeber:*

Wilhelm Kruse, Kaufmann, Oldenburg

Otto Neuwohner, Ziegeleibesitzer,

Burg a. F.  
Adolf Stengel, Maschinenfabrikant,  
Oldenburg i. H.  
*Gruppe der Versicherten:*  
Karl Schönfeldt, Lagerhalter, Burg  
a. F.  
Ferdinand Bünz, Handlungsgehilfe,  
Oldenburg i. H.  
Eduard Schattauer, Werkführer, Ol-  
denburg i. H.  
Willy Langnickel, Bürovorsteher,  
Cismar  
Max Kluge, Tischler, Heiligenhafen  
Fritz Rocksien, Werkmeister, Göhl  
Siehe auch VZ vom 3. Januar 1914  
Nr. 2

Abgedruckter Bericht über die erste  
Vertreterausschußsitzung der neuen  
Ortskrankenkasse Oldenburg. Außer-  
dem wurde in diesem Bericht auf die  
Unstimmigkeiten Bezug genommen,  
wie bei zwei Listen auf Arbeitnehmer-  
seite zusammengesetzt werden sollte.  
Als Mindestforderung wurde eine  
Teilung der Sitze verlangt. Dieses soll-  
te auch nach längeren Streitigkeiten  
geschehen.

<sup>29</sup> Siehe auch Ostholsteiner Zeitung  
vom 4. April 1914.

Bei der am 2. April 1914 stattgefunde-  
nen Wahl des Vorstandes der AOK  
des Kreises Oldenburg wurden endlich  
einstimmig gewählt:

Kaufmann Kruse zum Vorsitzenden,  
Werkmeister/Former Schattauer zum  
Stellvertreter, Ziegeleibesitzer Neu-  
wöhner zum Schriftführer, Lagerhal-  
ter Schönfeldt zum Stellvertreter.  
S. a. VZ vom 6. April 1914.

<sup>30</sup> Siehe auch Berichte der Neustädter  
Polizeiverwaltung der Jahre 1904 bis  
1907 in Abt. B Fach III Nr. 1-3 Ver-  
eins- und Versammlungswesen im  
Stadtarchiv Neustadt.

sitzenden, der Arbeitnehmervertreter, Former Schattauer,  
Oldenburg, von der sozialdemokratischen Liste zum stellver-  
tretenden Vorsitzenden der Ortskrankenkasse für den Kreis  
Oldenburg/H. gewählt.<sup>29</sup>

Als weiteren ständig strittigen Punkt zwischen Obrigkeit  
einerseits und Partei und Gewerkschaften andererseits konn-  
ten die seit 1904 auch in Neustadt als einziger Stadt im Land-  
kreis Oldenburg abgehaltenen Maiveranstaltungen angesehen  
werden. 1905 bis 1907 wurde sich damit beholfen, daß diese  
Veranstaltungen als Vor- bzw. Saalveranstaltungen stattfanden.  
<sup>30</sup> 1908 wurde vom SPD-Ortsverein bei der Polizeibehörde  
um die Erlaubnis nachgesucht, in der Stadt einen Umzug abhal-  
ten zu dürfen. Das wurde von der Polizeiverwaltung nicht  
gestattet. Darauf entschloß sich der Ortsverein zu einem Aus-  
flug nach Eutin, um mit dem dortigen sozialdemokratischen  
Ortsverein gemeinsam die Maifeier zu begehen. Ein Teil des  
Vereins begab sich dann am 1. Mai morgens nach Eutin und  
kehrte abends, um 17.18 Uhr, mit dem Zug nach Neustadt  
zurück. Vom Bahnhof begab sich die ca. 25 Mann starke  
Gruppe, auf dem rechten Bürgersteig gehend, die Brücken-  
straße hinauf über den Markt entlang der Kremper Straße zum  
Kolosseum. Einer aus dieser Gruppe trug an einer kleinen  
Stange ein Schild mit der Aufschrift: „Sozialdemokratischer  
Ortsverein Neustadt“. In dieser Haltung erblickte die Polizei-  
behörde einen öffentlichen Aufzug und veranlaßte die Bestrafung  
eines Teiles der Beteiligten. Wegen Vergehens gegen die  
Verordnung vom 11. März 1850 bekamen sieben der Beteilig-  
ten, unter ihnen als Hauptbeschuldigter August Vahlendieck,  
ein Strafmandat über 5,-RM, ersatzweise 1 Tag Haft, zuge-  
stellt. Gegen dieses Strafmandat wurde Widerspruch eingelegt  
und eine gerichtliche Entscheidung beantragt. Am 12. Juni  
wurde vor dem Neustädter Amtsgericht darüber verhandelt.  
Bei der Vernehmung sagten alle Zeugen übereinstimmend aus,  
daß sie einen Anstoß und eine Verkehrsstörung in dieser Ver-  
haltensweise nicht erblickt hätten, da sich die Gruppe ruhig,  
ohne eine schnelle Gangart einzuschlagen, in Trupps von zwei  
bis vier Personen zusammen gehend bewegt hätte. Der in der  
Verhandlung ebenfalls als Zuhörer anwesende Vorsitzende des  
Zentralvereins, August Meyer, wurde zur Aussage hinzugezo-  
gen. Er erklärte, daß er sich auch unter der besagten Gruppe  
befunden habe. Alle Teilnehmer seien ohne besondere Absich-  
ten durch die Stadt gegangen. Das Schild sei in Eutin angefer-  
tigt und als Eigentum des Vereins zu betrachten. Es sei auch  
nicht ständig hochgehalten worden, sondern der Träger habe es  
auch über die Schulter hängend oder unter dem Arm getragen.  
Einen Anführer habe es nicht gegeben. Jeder sei gegangen, wo  
Platz auf dem Bürgersteig vorhanden gewesen sei. Auch der  
Träger des Schildes sei, wenn auch meistens, so doch nicht  
ständig vorangegangen. Grund des gemeinsamen Marsches  
durch die Stadt sei gewesen, daß die Gruppe im Kolosseum sich  
habe fotografieren lassen wollen. August Meyer wies in seinen  
Ausführungen besonders darauf hin, daß er, so z. B. am Bahn-  
hof und an der Post, die Beteiligten darauf aufmerksam

gemacht habe, daß ein Umzug von der Polizei verboten sei und jeder sich ruhig verhalten müsse, was auch geschehen sei. Eine Demonstration sei von niemandem geplant worden.

Vom Amtsanwalt wurde die Handlung als harmlos hingestellt. Er hielt eine Demonstration im politischen Sinne für nicht nachgewiesen und beantragte die Freisprechung für alle Angeklagten. Trotz positiver Beurteilung konnte sich das Gericht nicht dazu durchringen, die sieben Angeklagten freizusprechen. Alle wurden zu je 3,- RM Geldstrafe, ersatzweise 1 Tag Haft, und Tragen der entstandenen Kosten verurteilt.<sup>31</sup>

Dieser erstmals an die breite Öffentlichkeit getragene 1. Mai 1908 sollte für seine Beteiligten noch weitere Folgen nach sich ziehen. Nicht nur, daß das abends im Kolosseum beabsichtigte Maivergnügen ausfallen mußte, auch wurden aufgrund der Teilnahme an der Maiveranstaltung in Neustadt erstmals von den Arbeitgebern Entlassungen vorgenommen. Über das ausgefallene Maivergnügen ist u. a. in der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung folgendes nachzulesen:

*„Der Herr Landrat war in höchstgelegener Person nachmittags nach Neustadt gekommen, jedenfalls um zu verhindern, daß unser liebes Ostseebad nicht von den Roten auf den Kopf gestellt werde. Die Polizei suchte nun ein anderes Mittel, um unser Fest zu hintertreiben. Als die Feiernden, 20 Genossen aus Neustadt und 4 aus Grömitz, von Eutin zurückkamen, war der Polizeiwachtmeister bereits im ‚Kolosseum‘ und teilte dem Wirt mit, er sei beauftragt, das Vergnügen zu verbieten. Sollte es trotzdem abgehalten werden, würde zwar keine Gewalt angewendet werden, aber der Wirt laufe Gefahr, daß ihm die Konzession entzogen werde. Der Wirt ließ sich aus Furcht um seine Existenz einschüchtern und weigerte sich, das Vergnügen abhalten zu lassen. So mußten denn die Teilnehmer, die von allen Seiten in großen Scharen herbeigeströmt kamen, wieder umkehren.“<sup>32</sup>*

Dem Vorgehen der Neustädter Polizeibehörde schlossen sich erstmals auch einige Neustädter Handwerksmeister an. So wurde beim Tischlermeister Schlöpke ein Geselle sofort wegen seiner Teilnahme an der Maifeier in Eutin entlassen. Der Drechslermeister Hoga legte seinen beiden Gesellen am 2. Mai ein Schriftstück vor, wonach diese sich durch Unterschrift verpflichten sollten, den Schaden zu ersetzen, der ihm durch ihre Arbeitsruhe am 1. Mai entstanden war. Den Schaden bzw. entgangenen Gewinn bezifferte er auf 40,- RM. Fünf Maurer, die beim Maurermeister und Stadtverordnetenvorsteher Prüß in Arbeit standen, sollten wegen der Maifeier am 2. Mai mit der Arbeit aussetzen. Diese zogen es aber vor, ihr Arbeitsverhältnis zu lösen und abzureisen. Zwei Gesellen des Maurermeisters Struck durften zwar am 2. Mai noch arbeiten, wurden aber abends ebenfalls wegen Teilnahme am Maiumzug entlassen.

Aus den Erfahrungen des Jahres 1908 zogen Partei und Gewerkschaften ihre Lehren.

1909 wurde die Maiveranstaltung im Kolosseum abgehalten. Außerdem wurde beschlossen, zusammen mit dem Lübecker Fabrikarbeiterverband ein Sommerversnügen zu veranstalten, welches als großer Erfolg gewertet werden konnte.<sup>33</sup> Rosig war

<sup>31</sup> Ebd. sowie Neustädter Wochenblatt vom 12. Juni 1908.

Dort wurde in einer sehr detaillierten Berichterstattung über die Verhandlung vor dem Neustädter Amtsgericht sehr eingehend über die Vorgänge am 1. Mai 1908 berichtet.

<sup>32</sup> Ebd. sowie Bericht in der VZ vom 6. Mai 1908, Nr. 104.

<sup>33</sup> Ebd.

die wirtschaftliche Lage Neustadts und seiner Umgebung keineswegs. So streikten Ende Mai 1909 die Zimmerer der Stadt. Sie forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pfg. von 43 auf 48 Pfg. Diese Forderung wurde auch von den hiesigen Maurern gestellt. Hier aber kam es nicht zum Streik, da Meister und Gesellen sich darauf einigten, daß eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Pfg. und ab 1. Januar 1910 eine weitere Erhöhung um 3 Pfg. vorgenommen werden sollte.<sup>34</sup>

Am 8. April 1910 bat Eduard Langtim als Schriftführer des sozialdemokratischen Zentralvereins im 9. Reichstagswahlkreis beim Magistrat um Erlaubnis, daß die Stadt den städtischen Spielplatz am Sandberger Weg der SPD zur Verfügung stellen möge, um hier unter freiem Himmel zum 1. Mai eine Veranstaltung durchführen zu können. Außerdem sollte ein Umzug stattfinden. Nach einiger Herauszögerung lehnte der Magistrat diesen Antrag der SPD unter Angabe fadenscheiniger Gründe ab. Zwar wurde auf diesem Platz zur Erntezeit Korn gedroschen, Sozialdemokraten sollten ihn aber nicht benutzen dürfen.<sup>35</sup> Der Zeitpunkt der Ablehnung durch den Magistrat konnte nicht gerade als glücklich bezeichnet werden. Unruhe herrschte unter der Arbeitnehmerschaft. Es war die Zeit des großen Bauarbeiterstreiks.

Nach dem im Jahre 1908 abgeschlossenen Tarifvertrag, dessen Laufzeit am 31. März 1910 endete, sollten auf Reichsebene vier Monate vor Ablauf der alten Verträge neue Verhandlungen beginnen.<sup>36</sup>

Zu diesem Zweck hatten die freien Gewerkschaften der Maurer und Bauhilfsarbeiter mit dem christlichen Verband der Bauarbeiter ein gemeinsames taktisches Vorgehen vereinbart. Der Zentralverband der Zimmerer wollte selbständig gegen die Tarifvertragsänderungsforderungen des Arbeitgeberverbandes vorgehen. Die Vorschläge der Gewerkschaften umfaßten Streichung des bisherigen Akkordparagraphen, früheren Arbeitsschluß an Samstagen und vor gesetzlichen Feiertagen, Ausschluß von Sympathiestreiks und -aussperrungen während der Vertragsdauer und Schutz der organisierten Arbeiter vor Maßregelungen. Die Arbeitgeber forderten demgegenüber ein Verbot jedes hindernden Einflusses auf die Akkordarbeit, beliebige Festsetzung von Überstunden durch den Arbeitgeber im Winter, Zulassung von Durchschnitts- und Staffellöhnen für „geübte“, „gelernte, tüchtige“ Arbeiter an Stelle der bisherigen Mindestlöhne, den Vorsitz in den Schlichtungskommissionen für einen Arbeitgeber, Verbot der Agitation auf den Baustellen auch während der Pausen (z. B. Kontrolle der Beitragszahlung), Anerkennung der Arbeitgeber-Arbeitsnachweise, Verzicht auf jede Arbeitszeitverkürzung unter zehn Stunden sowie Abschluß der Verträge auf fünf Jahre. Diese Forderungen bedeuteten einen Angriff auf das Tarifvertragssystem. Da die Feststellung, wer ein „tüchtiger“ Bauarbeiter war, allein dem Arbeitgeber vorbehalten war, wären die im Tarifvertrag vereinbarten Löhne praktisch ohne Bedeutung gewesen.<sup>37</sup>

Die beiden wichtigsten Ziele des Arbeitgeberverbandes bestanden im Abschluß eines Reichstarifvertrages und dem

<sup>34</sup> Verschiedene Berichte über die Streiksituation im Kreise Oldenburg, abgedruckt in den Neustädter Wochenblättern sowie LAS Abt. 320 Nr. 465 Verfahrensweisen bei vorkommenden Streiks im Kreise Oldenburg 1885 bis 1920.

<sup>35</sup> Stadtarchiv Neustadt Abt. B Fach III Nr. 2.

<sup>36</sup> Siehe auch Untersuchungen über Gruppen und Verbände, Band 9: Dr. Karl-Gustav Werner, 1969, Organisation und Politik der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der deutschen Bauwirtschaft, Seite 70 folgende.

<sup>37</sup> Ebd.

einheitlichen Ablauftermin der aufgrund dieses Rahmentarifvertrages abzuschließenden lokalen und regionalen Tarifverträge. Mit der Drohung einer Aussperrung über das gesamte Reichsgebiet sollten den Gewerkschaften die Möglichkeiten entzogen werden, zeitweise an einem Ort ihre gesamte Macht einzusetzen zu können, während in anderen Orten den Arbeitgeberverbänden die Hände durch bestehende Tarifverträge gebunden waren.

Erste Verhandlungen über einen neuen Tarif fanden im November 1909 statt, die jedoch zu keinem Ergebnis führten.

Nach dem ergebnislosen Abbruch der Verhandlungen beschlossen die Gewerkschaften mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung, keinerlei Forderungen, insbesondere in der Lohnfrage, zu stellen und lediglich die einseitigen Forderungen des Arbeitgeberverbandes zurückzuweisen. Mit dieser Haltung fanden die Gewerkschaften in der bürgerlichen Presse volle Unterstützung.

Bei den folgenden Tarifvertragsverhandlungen am 9. und 10. März 1910 machten die Arbeitgeber erste Konzessionen, hielten jedoch ihre Forderungen nach der Ausschaltung der örtlichen Organisationen bei der Tarifvertragsregelung, nach dem unparitätischen Arbeitsnachweis der Arbeitgeber und der Anerkennung des Akkordparagraphen fest. Erneut mußten die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden. Die Gewerkschaften richteten sich auf die kommende Aussperrung ein und beschlossen Sonderbeiträge für den Streikfonds sowie eine Verlängerung der Wartezeit für Streikunterstützung von drei auf 14 Tage.<sup>38</sup>

<sup>38</sup> Ebd.

Nach einem mißglückten Vermittlungsversuch des Reichsamtes des Inneren beschlossen die Arbeitgeber, ab 15. April 1910 reichsweit mit der Aussperrung zu beginnen. Der Aussperrungsbeschluß wurde von den Arbeitgebern nur teilweise befolgt. In Hamburg, Bremen und Berlin wurde voll weitergearbeitet. Der Berliner Verband der Arbeitgeber gewährte darüber hinaus sogar eine Lohnerhöhung. Ebenso wurde in vielen kleineren Orten weitergearbeitet. Neustadt sollte aber leider nicht zu diesen Orten gehören. Ca. die Hälfte der Neustädter Maurer und Zimmerer streikte. Der Rest war von den Unternehmern ausgesperrt worden.

Die vier beteiligten Gewerkschaften – christliche und freie auch hier gemeinsam – verbreiteten sofort eine „Denkschrift über die Tarifbewegung im deutschen Baugewerbe“, die an alle Mitglieder der deutschen Parlamente, an sämtliche Regierungen, Städte, Verwaltungsbehörden und die Zeitungsredaktionen versandt wurde und eine sachliche Darstellung der bisherigen Tarifvertragsverhandlungen enthielt. Den Gewerkschaften kam die äußerst ungeschickte, aber wahrheitsgetreue Aussage des Vertreters der nordwestdeutschen Interessengemeinschaft Carl Fritz in der Unternehmerversammlung in Düsseldorf sehr zu Hilfe, in der Fritz zugab, den Vermittlungsvorschlag des Staatssekretärs des Innern Delbrück vorsätzlich zum Scheitern gebracht zu haben, um die Aussperrung zu erzwingen.

Die Aussperrung nahm währenddessen ihren Fortgang. Insgesamt wurden nach Angaben der beteiligten Gewerkschaften 161 336 Bauarbeiter ausgesperrt, während der Arbeitgeberbund für den 15. April 186 000 und für den 18. April 197 164 angab. Die amtliche Statistik veröffentlichte als Höchstzahl der Ausgesperrten 173 400. Der Arbeitgeberbund versuchte die Aussperrung insbesondere durch Materialsperrn an aussperrungsmüde Arbeitgeber aufrechtzuerhalten. Von 550 örtlichen Arbeitgeberverbänden hatten bei Beginn des Kampfes 78 Verbände mit Baustoffhändlerorganisationen Verträge abgeschlossen, die eine Baustofflieferung von der Zustimmung des Bauarbeitgeberverbandes abhängig machten. Eine vollständige Materialsperrung mußte an der mangelhaften Organisation der Baustoffhändler scheitern. Der Arbeitgeberbund klagte zudem, daß aus den Verhandlungen mit den Händlervereinigungen zu ersehen sei, „daß der Gedanke der Solidarität aller Arbeitgeber von seiner Verwirklichung noch weit entfernt ist“.

Durch Vermittlung des Reichsamtes des Inneren einigten sich Arbeitgeber und Gewerkschaften auf eine unabhängige Schiedskommission. Diese schlug den beteiligten Organisationen einen in einen Hauptvertrag (Reichstarifvertrag) und ein Vertragsmuster für örtliche Tarifverträge gekleideten Kompromiß vor. Der Hauptvertrag war zwischen den Zentralorganisationen abzuschließen und stellte deren Verantwortlichkeit für die Durchführung der örtlichen Verträge fest und regelte die wichtigsten Streitfragen wie Arbeitszeit, Lohnform, Akkordarbeit, Maßregelung, Schiedsgerichtsbarkeit und Vertragsdauer. Die Arbeitszeit wurde auf zehn Stunden begrenzt, die bisherige Lohnform des Tarifvertragslohnes als Mindestlohn beibehalten, die Akkordarbeit von der örtlichen Einigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern abhängig gemacht, Maßregelungen verboten und die von den Arbeitgebern ursprünglich geforderte fünfjährige Laufzeit des Vertrages auf drei Jahre festgesetzt. Die Organisationen verzichteten auf die Geltendmachung vermögensrechtlicher Ansprüche aus dem Verträge.

Bis zum 6. Juni 1910 sollten die beteiligten Verbände ihre Zustimmung zu dem Vermittlungsvorschlag erklären. An diesem Tag hielten die Gewerkschaften und der Arbeitgeberbund ihre Generalversammlungen ab. Obwohl Unzufriedenheit bei den Gewerkschaftsdelegierten der vier Verbände in der Diskussion zutage trat, konnten die Vorsitzenden große Mehrheiten für die Annahme des Vermittlungsvorschlages erzielen. Die Maurer und Bauhilfsarbeiter gaben mit 348 gegen 8, die Zimmerer mit 106 gegen 10 und die christlichen Bauarbeiter mit 79 gegen 6 Stimmen ihre Zustimmungserklärungen ab. Die Generalversammlung des Arbeitgeberbundes erklärte einstimmig ihr Einverständnis zum Schiedsspruch mit der Klausel, daß sie „in den von den Unparteiischen gemachten Vorschlägen keine die Arbeitgeber vollständig befriedigende Lösung der Tarifabschlußfrage“ sehe. Die Arbeitgeber konnten aber auf keine weitergehende Realisierung ihrer Forderungen hoffen. Die Gewerkschaften hatten in der noch andauernden Aussper-



rung ihre gewaltigste finanzielle und organisatorische Anstrengung während der Dauer des deutschen Kaiserreiches überhaupt unternommen. Niemals zwischen 1871 und 1918 wurden derartige Summen für Arbeitskämpfe wie 1910 im Baugewerbe aufgebracht. Insgesamt erbrachten die beteiligten Gewerkschaften für die Aussperrung 8 833 142 Mio. RM. Von dieser Summe wurden während des Arbeitskampfes durch Sonderbeiträge und Sammlungen 3 665 761 Mio. RM aufgebracht.<sup>39</sup>

In der organisierten Arbeiterschaft vor Ort war dieser Schiedsspruch hingegen sehr stark umstritten. Neustadts Maurer und Zimmerer lehnten ihn mit Mehrheit ab.<sup>40</sup> In der gesamten Provinz Schleswig-Holstein wurde er aber mit knapper Zustimmung angenommen.

Die Lohnfrage, die aus den Tarifvertragsverhandlungen zunächst ausgeklammert worden war, wurde durch ein Schiedsgericht am 14. bis 16. Juni 1910 in Berlin entschieden. Es bestand aus drei Unparteiischen und je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern. Das Schiedsgericht stand vor der kaum lösbaren Aufgabe, die Löhne für 500 Vertragsorte festzulegen. Aus dieser Schwierigkeit heraus entschied man sich zur ersten generellen Lohnfestsetzung im Baugewerbe. Einheitlich wurden die bestehenden Löhne um 5 Pfg. bzw. in Orten unter 5000 Einwohnern um 4 Pfg. erhöht. Neben der generellen Festsetzung des 10-Stunden-Tages wurde für einige Großstädte die tägliche Arbeitszeit auf neuneinhalb Stunden festgelegt. Als wichtigster Punkt wurde abschließend im Schiedsspruch verkündet: „Die Aussperrung im deutschen Baugewerbe wird am 16. Juni aufgehoben.“<sup>41</sup>

Ein Teil der ausgesperrten Bauarbeiter wollte entgegen den Verbandsbeschlüssen zunächst den Kampf um bessere Ergebnisse fortsetzen, jedoch konnten die Verbandsvorstände diese Mitglieder von der Aussichtslosigkeit und Schädlichkeit solcher wilden Streiks überzeugen. In Kiel und Umgebung wurde die Arbeit am 22. Juni 1910 wieder aufgenommen. In Neustadt hingegen nahmen die Zimmerer, diese auch nur teilweise, ihre Arbeit am 23. und die Maurer ihre Arbeit erst wieder am 25. Juni 1910 auf.<sup>42</sup>

In einer derartig gespannten Situation wandte sich die SPD an den Landrat, um eine Aufhebung des Verbots einer Maifeier zu erwirken. Mit Schreiben vom 23. April 1910 teilte Landrat Springer, Cismar, dem Vorsitzenden des Zentralvereins, August Meyer, folgendes mit:

„Ihre Beschwerde vom heutigen Tage über die dortige Polizeiverwaltung wegen Versagung der Genehmigung eines öffentlichen Aufzuges am 1. Mai d. Js. durch bestimmte Straßen der Stadt kann ich als begründet nicht anerkennen. Wie Sie in der Beschwerdeschrift zutreffend hervorheben, darf nach § 7 des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 – R.G.Bl. S 151 – die Genehmigung nur versagt werden, wenn aus der Veranstaltung des Aufzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Dieser Fall ist aber hier gegeben. Denn wie alle Maifeierkundgebungen der Sozialdemokratie stellt sich auch der geplante Umzug als eine Demonstration gegen die heutige staat-

<sup>39</sup> Ebd., gezahlte Streik- bzw. Aussperrungsunterstützung durch die einzelnen Gewerkschaften	
Maurerverband	5 201 795
Bauhilfsarbeiterverband	1 965 383
Zimmererverband	1 706 833
Christlicher Bauarbeiterverband	763 131
Fabrikarbeiterverband	196 000
	8 833 142

Von dieser Summe wurden während des Arbeitskampfes durch Sonderbeiträge und Sammlungen der Generalkommission aufgebracht:

Maurerverband	1 970 366
Bauhilfsarbeiterverband	461 072
Zimmererverband	789 912
Christlicher Bauarbeiterverband	211 040
Generalkommission	1 233 371
	3 665 761

<sup>40</sup> LAS Abt. 320 Nr. 465 Oldenburg, Mitteilung des Neustädter Bürgermeisters Tauscher vom 15. April 1910 an den Landrat. Dieser berichtete u. a., alle Bauarbeiter mit Ausnahme der Poliere und Lehrlinge seien ausgesperrt.

Ebenfalls Polizeiverwaltung Burg a. F. Bürgermeister Lafrenz berichtete am 21. April 1910, daß vom 12. bis 15. März 1910 alle organisierten Maurer- und Zimmergesellen ausgesperrt worden waren.

<sup>41</sup> Siehe auch Dr. Karl-Gustav Werner, Organisation und Politik der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der deutschen Bauwirtschaft; S. 81.

<sup>42</sup> Siehe auch Berichte im Neustädter Wochenblatt vom 19., 22., 23. und 24. Juni 1910 sowie im Lübecker Volksboten vom 13. Mai 1910, Nr. 110.

<sup>43</sup> Siehe auch LAS Abt. 309 Nr. 12 606 Maifeiern.

Dort befindet sich der gesamte Aktenvorgang nebst Klagen. Außerdem die Abschrift des Landrates im Stadtarchiv Neustadt, Abt. B Fach III Nr. 2.

<sup>44</sup> Ebd., Der Verwaltungsstreit der Sozialdemokraten gegen die von der Neustädter Polizeiverwaltung erlassene Verfügung vom 22. April 1910 weitete sich derart aus, nachdem auch vom Regierungspräsidenten in Schleswig ein abschlägiger Bescheid eingegangen war, daß der Vorsitzende des Zentralvereins für den 9. S. H. Reichstagswahlkreis, August Meyer, am 10. Juni 1910 Klage gegen den Regierungspräsidenten auf nachträgliche Genehmigung erhob. Vertreten wurde die Klage durch den Kieler Rechtsanwalt Spiegel.

Die Klageabweisung durch den ersten Senat des preußischen Oberverwaltungsgerichtes erfolgte am 16. September 1910. Eingegangen beim Regierungspräsidenten in Schleswig am 27. September 1910 Az. I A III 6835. Da von seiten Spiegels kein Widerspruch eingelegt wurde, wurde das Urteil mit Schreiben vom 22. Oktober 1910, Urteils-Nr. I. A 9710, rechtskräftig. Siehe auch Mitteilung an den Regierungspräsidenten in Schleswig. Dasselbe Schauspiel sollte sich zwischen den Sozialdemokraten und der Neustädter Polizeiverwaltung bzw. dem Landratsamt auch im Jahre 1911 wiederholen. Auch dort erfolgte eine Beschwerde des Rechtsanwalts Spiegel über die Willkürmaßnahmen der Polizeibehörde bzw. des Landrates mit Schreiben vom 31. Mai 1911 an den Regierungspräsidenten. (AZ I A III 3342)

Wilhelm Spiegel gehörte als SPD-Abgeordneter der Kieler Stadtverordnetenversammlung vom 29. 11. 1911 bis zu seiner Ermordung durch Nationalsozialisten am 12. 3. 1933 an, davon 1919 bis 1924 als deren Stadtverordnetenvorsteher. Ebenfalls war er Mitglied des Provinziallandtages. Spiegel, ein äußerst geschickter Verteidiger, war überwiegend für die SPD und die freien Gewerkschaften tätig. Er war Jude.

liche und wirtschaftliche Ordnung dar, derartige Demonstrationen aber werden, wie überall im Kreise so auch in Neustadt, von allen der Sozialdemokratie abgeneigten Einwohnern mit Unruhe, zum Teil sogar mit Erbitterung aufgenommen. Erwägt man ferner, daß der gegenwärtig bestehende Kampf um die Regelung des Arbeitsvertrages im Baugewerbe in Verbindung mit der Aussperrung der gewerkschaftlich oder sozialdemokratisch organisierten Bauhandwerker die Erregung in den Gemütern der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer in hohem Maße gesteigert hat, so rücken die aus jenen Gegensätzen sich ergebenden Zustände namentlich auch im Hinblick auf die neuerdings aus solchen Anlässen gesammelten tatsächlichen Erfahrungen die Möglichkeit von Ausschreitungen in eine solche Nähe, daß die Besorgnis von Gefahren für die öffentliche Sicherheit gerechtfertigt ist. Die Polizeiverwaltung hat die Genehmigung daher mit Recht abgelehnt. Die Heranziehung jener Erfahrungen bei der Beurteilung der Verhältnisse, wie sie in Neustadt zur Zeit der Entscheidung über den Antrag auf Genehmigung des Umzuges vorlagen, erscheint aber um so mehr geboten, als in Neustadt alljährlich im Frühjahr zahlreiche jüngere Arbeiter aus den Großstädten der Provinz und des benachbarten Staatsgebiets zuziehen, welche die unruhigen und zu Ausschreitungen geneigten Elemente der Einwohnerschaft gerade in der hier in Betracht kommenden Zeit in erheblichem Maße vermehren. Waren die Tatsachen für sich allein schon geeignet, die Besorgnis einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch den geplanten Umzug zu rechtfertigen, so kommt noch hinzu, daß die Person des Veranstalters des Umzuges durch ihr bisheriges Verhalten jene Besorgnis nicht nur nicht zerstreuen konnte, sondern sie noch erhöhen mußte. Denn der Beschwerdeführer hat ausweislich der hier vorliegenden Akten im Jahre 1905 in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Neustädter Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes eine öffentliche Tanzlustbarkeit veranstaltet, obwohl diese von der Polizeibehörde ausdrücklich unter der Androhung der Verhinderung durch unmittelbaren Zwang für den Fall der Zuwiderhandlung verboten war, er hat sein ungesetzliches Verhalten auch erst dann eingestellt, als die Polizeibehörde mit der vorläufigen Festnahme der in erster Linie beteiligten Personen vorzugehen drohte, und damit gezeigt, daß er ggf. auch vor Ausschreitungen nicht zurückschreckt. Hiernach hat die Polizeiverwaltung die Genehmigung des Aufzuges mit Recht versagt.<sup>43</sup>

Da alle Beteiligten meinten, im Recht zu sein, wandte sich August Meyer an den Regierungspräsidenten in Schleswig. Der lehnte mit Entscheid vom 13. Mai 1910 das Ansinnen der Neustädter Sozialdemokraten ebenfalls ab. Eine Klage, die daraufhin beim Königlich preußischen Oberverwaltungsgericht in Berlin-Charlottenburg anhängig gemacht wurde, wies der erste Senat am 16. September 1910 mit der Begründung ab, die Klage sei verspätet eingereicht worden.<sup>44</sup>

Da die Zeit drängte und der 1. Mai immer näher rückte, wurde mit dem Gastwirt Theodor Lange eine Vereinbarung getroffen, wonach die Veranstaltung auf seiner Koppel stattfin-

den sollte. Diese konnte aber nicht genutzt werden, das Wetter war zu schlecht. Die Veranstaltung mußte nunmehr in den Saal des Kolosseums verlegt werden. Redner dieser Maiveranstaltung war Johann Struwe, Altona.

Neben den Maiveranstaltungen wurde seit 1908 gemeinsam von SPD und den örtlichen Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit dem Lübecker Fabrikarbeiterverband ein Sommerversnügen in der Stadt durchgeführt.

Um durch die fortlaufenden Streitigkeiten mit der Neustädter Polizeiverwaltung dieses Sommerversnügen nicht unnötig zu gefährden, baten Partei und Gewerkschaften den Geschäftsführer des Lübecker Fabrikarbeiterverbandes, J. H. Radden, in ihrem Auftrage für das auch im Jahre 1910 beabsichtigte Vergnügen als Außenstehender hierfür alles Nötige in die Wege zu leiten. Da die Lübecker diesmal ihre Fahnen mit nach Neustadt nehmen wollten, wurde dieses Ansinnen von der Polizeiverwaltung rundweg abgelehnt. Hierauf wandte sich Radden mit einer Beschwerde an den Landrat. Von dort erhielt er folgendes Antwortschreiben:

„Der Landrat.

Cismar, den 10. Juni 1910.

Tgb. Nr. 6512

Herrn

J. H. Radden

Lübeck

Johannisstraße 48

*Ihre Beschwerde vom 5. d. Mts. über die Polizeiverwaltung in Neustadt wegen Versagung der Erlaubnis zur Mitführung und Entfaltung der Fahne des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands in dem öffentlichen Aufzuge am 12. Juni in Neustadt, den sie im übrigen genehmigt hat, kann ich als begründet nicht anerkennen. Nach Ihrer eigenen Angabe besteht die Fahne, um die es sich hier handelt, auf beiden Seiten in der Hauptsache aus roter Seide. Die Mitführung und Entfaltung einer derartigen Fahne als eines sozialdemokratischen Abzeichens ist als namentlich in einem öffentlichen Aufzuge in Neustadt in hohem Maße geeignet, zu Störungen der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung und des Verkehrs zu führen. Die Polizeiverwaltung hat daher die Genehmigung dazu mit Recht versagt.*

*gez. Springer*<sup>45</sup>

<sup>45</sup> Siehe auch Neustädter Stadtarchiv Abt. B Fach III Nr. 2.

Allen Schwierigkeiten zum Trotz sollte es ein gelungenes Fest werden. Nach Ablauf der Veranstaltung konnten es sich die Beteiligten nicht verkneifen, in der Presse dem Landrat einen Seitenhieb zu versetzen. Am 16. Juni 1910 konnte dieser in der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung folgenden Artikel lesen:

*„Ein willkommener Besuch traf hier gestern mittag per Dampfer für die organisierte Arbeiterschaft Neustadts ein. Die Zahlstelle des Fabrikarbeiter-Verbandes Lübeck, die uns schon im vorigen Sommer mit 150–160 Personen besuchte, kam in diesem Jahre mit 300 Personen an. Die Mitglieder der hiesigen Zahl-*

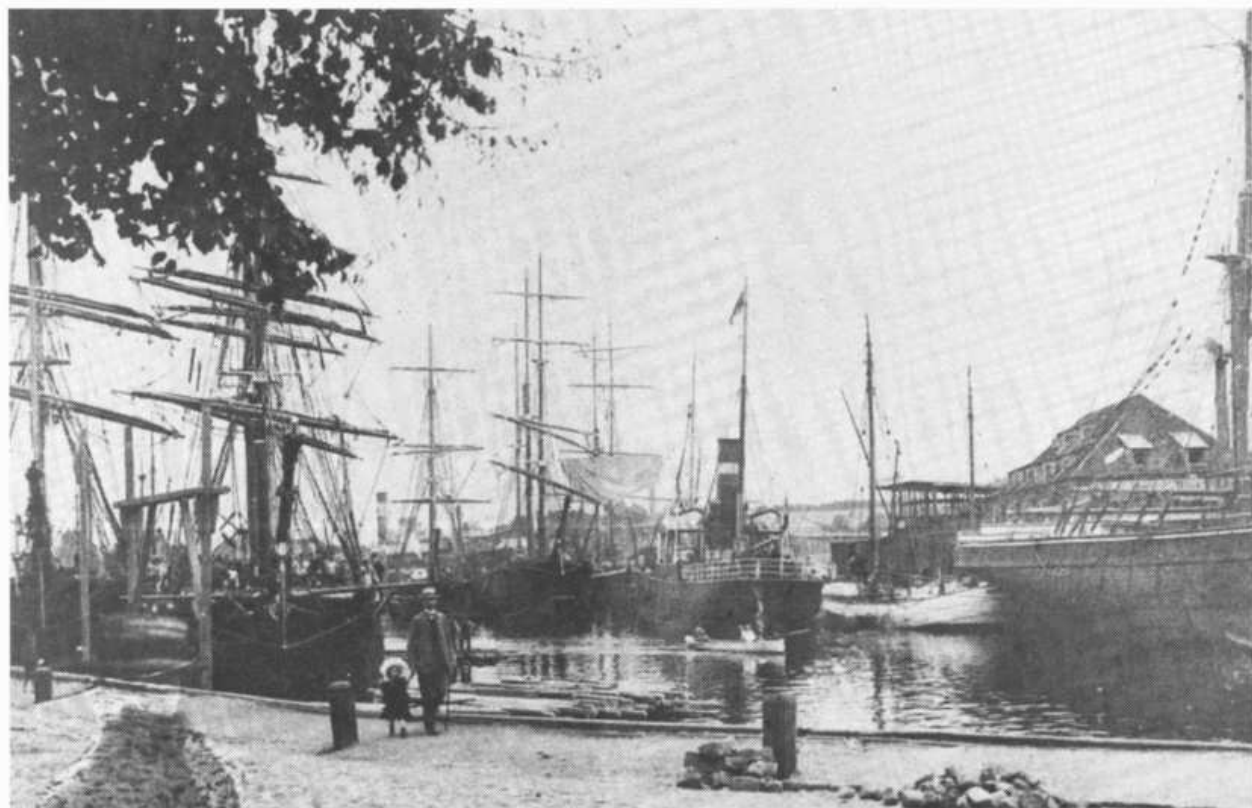
<sup>46</sup> Ebd. Außerdem erschien im Lübecker Volksboten vom 14. Juni 1910, Nr. 13 ein groß aufgemachter Artikel mit der Überschrift „Der preußische Landrat und die rote Fahne“. Außer einem sehr scharfen Kommentar zu den Neustädter Vorgängen, in dem auch die Verhaltensweise Landrat Springers einer sehr kritischen Betrachtung unterzogen wurde, wurde, um den Arbeitnehmern die reaktionäre Verhaltensweise des preußischen Beamtentums zu verdeutlichen, der gesamte Schriftverkehr zwischen Neustädter Polizeiverwaltung, dem Landratsamt in Cismar und dem Lübecker Fabrikarbeiterverband in voller Länge abgedruckt. Ein endgültiger Abschlußbericht zu den „Neustädter Vorgängen“ um eine rote Fahne erfolgte im Lübecker Volksboten vom 8. Juli 1910, Nr. 156.

*stelle sowie eine Anzahl Parteigenossen nahmen ihre lieben Gäste in Empfang, aber auch eine große Anzahl Einwohner aller Stände hatte sich eingefunden, so daß ein sehr reges Leben am Hafen und auf der Brücke herrschte. Mit ihrer eigenen Musikkapelle von 10 Mann an der Spitze stellten unsere Lübecker Freunde sich am Hafen auf, und unter den Klängen des Sozialistenmarsches ging es dann die Brückstraße entlang zum ‚Kolosseum‘. Hier wurde mit reichlich 100 Personen zu Mittag gespeist. Dann zerstreuten sich unsere Freunde nach allen Himmelsrichtungen und besichtigten die Stadt und deren Umgebung. Im ‚Kolosseum‘ hielt später der Vorsitzende der Lübecker Zahlstelle, Genosse Radden, eine kleine Ansprache, in der er scharf mit der Handlungsweise des Landrats in Cismar zu Gericht ging, der es ihnen verboten hatte, ihre Fahne dem Zuge voran durch die Straßen zu tragen, ‚weil sie‘, wie der Herr Landrat Springer schrieb, ‚nach Ihren eigenen Angaben auf beiden Seiten rot ist‘. (!)*

*Dann ging es wieder mit voller Musik nach dem Hafen, wo schon ein ganz Teil Neugierige wartete. Bald darauf verließ denn auch der ‚Condor‘ wieder mit einer vollen Ladung Arbeitsbienen unseren Hafen. Obgleich der Sozialistenmarsch zweimal in den Straßen Neustadts erklingen ist und der Boden von so vielen Roten gestampft wurde, steht unser Städtlein heute doch noch auf demselben Fleck, und der Herr Landrat kann ganz beruhigt sein. Wenn auch die Fahne vorangetragen worden wäre, so hätte es trotzdem noch gestanden!<sup>46</sup>*

Diese Gegensätze sollten sich bis zum Ersten Weltkrieg nicht ändern, hatten aber auf die Entwicklung der Neustädter Arbeiterschaft und ihrer Organisationen keinen größeren Einfluß.

*Holzsegler vor dem 1. Weltkrieg im Hafen von Neustadt. Rechts der Hornsche Speicher.*





Alle Beteiligten mußten mit dieser Situation leben. Dadurch, daß im Jahre 1908 endlich das alte reaktionäre, preußische Vereinsgesetz durch ein vom Reichstag beschlossenes Reichsvereinsgesetz beseitigt wurde, konnten auch Frauen erstmals Mitglieder politischer Organisationen werden. Seit dem 1. Oktober 1908 erhöhten sich auch die Mitgliederzahlen des Ortsvereins. Mit Stand vom 31. Dezember 1908 gehörten 69 Mitglieder dem Ortsverein an. Im letzten Quartal 1908 waren 22 Mitglieder neu aufgenommen worden, 10 Mitglieder verzogen oder zu anderen Ortsvereinen übergewechselt.<sup>47</sup> Diese Zahlen sollten sich aber bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges für Neustadt noch auf ca. 120 erhöhen.<sup>48</sup>

Nachdem vom Vorsitzenden des Fabrikarbeiterverbandes, Eduard Langtim, der Vorschlag unterbreitet wurde, zur besseren Koordinierung auch in Neustadt endlich ein Gewerkschaftskartell der freien Gewerkschaften zu gründen, wurde diese Gründung in der Mitgliederversammlung am 30. November 1912 vorgenommen.<sup>49</sup> Bei den bisher in Neustadt stattgefundenen Arbeitskämpfen der letzten Jahre hatte sich das Fehlen dieser Institution als Nachteil der Arbeiterschaft herausgestellt. Neustadt zählte seit der Volkszählung 1910 mit seinen 5083 Einwohnern durchaus zu den mittleren Städten der Provinz, in der bei der Arbeiterschaft eine derartige Einrichtung als selbstverständlich vorausgesetzt wurde. Partei und Gewerkschaften waren zu diesem Zeitpunkt, anders als heute in Neustadt, noch identisch. Dieses Ortskartell bzw. der Ortsauschuß der freien Gewerkschaften, mit Sitz im „Kolosseum“,

*Dampferausflüge von und nach Neustadt um die Jahrhundertwende. Links im Bild der Hornsche Speicher, dahinter der „Janus Speicher“ (Bilder: Privatarchiv J. H. Koch).*

<sup>47</sup> Siehe auch VZ vom 4. Februar 1909. Durch das Ausscheiden der Heiligenhafener und Plöner Mitglieder, die inzwischen eigene Ortsvereine gegründet hatten, sank die Zahl der Neustädter Mitglieder beträchtlich. Die Einnahmen des Ortsvereins beliefen sich im Jahre 1908 auf 106,30 RM. Dem gegenüber standen Ausgaben von 103,54 RM.

<sup>48</sup> Lt. abgedrucktem Verwaltungsbericht für den Zentralverein des 9. S. H. Reichstagswahlkreises für das Jahr 1911 im Lübecker Volksboten vom 19. April 1912 betrug die Mitgliederzahl des Neustädter Ortsvereins 117 Mitglieder.

<sup>49</sup> Siehe auch Bericht im Protokollbuch des SPD-Ortsvereins Neustadt und Umgebung, Jg. 1910 bis 1933.

sollte bis 1933 als einziges im Landkreis Oldenburg existieren.

Zwischenzeitlich erlebten die Sozialdemokraten den letzten großen Höhepunkt ihrer politischen Arbeit vor Ausbruch des Weltkrieges. Bei der Reichstagswahl am 12. Januar 1912 konnte die Wahniederlage von 1907 wettgemacht werden. Die vorgetragenen Argumente der Sozialdemokraten erwiesen sich stärker als die verbalen Kraftakte der vereinigten Bürgerlichen. Sie erhielten diesmal 110 Mandate und waren somit stärkste Fraktion im Reichstag.

Paul Weinheber, der im 9. Reichstagswahlkreis wieder kandidierte, erhielt in Neustadt 236 Stimmen, im gesamten Kreis Oldenburg 1650 und im 9. Wahlkreis 4314 abgegebene Stimmen. Das war die höchste Stimmenzahl, die er in seiner fast 15jährigen Tätigkeit als Reichstagskandidat erhielt.<sup>50</sup>

Trotz des für den Kreis Oldenburg guten sozialdemokratischen Ergebnisses gab es auch im Jahre 1912 noch immer Dörfer und Gutsbezirke, in denen die Sozialdemokraten nicht eine einzige abgegebene Stimme erhielten. Diese waren Schlagsdorf/Fehmarn, Löhrsdorf und Hohenstein. In den Orten und Gütern Sierhagen, Siggen, Satjewitz, Neukirchen, Gremersdorf, Dazendorf, Hansühn, Döhnsdorf wurde nur jeweils eine einzige für die Sozialdemokraten abgegebene Stimme gezählt.<sup>51</sup>

Da keiner der vier Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreicht hatte, kam es zwischen dem Vertreter der Konservativen und des Bundes der Landwirte, Dr. Rösike – er erhielt 7913 Stimmen – und dem bisherigen Abgeordneten als Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei, Dr. Struve – dieser erhielt 5804 Stimmen – zur Stichwahl. In der Stichwahl siegte dann Dr. Struve mit Hilfe der Sozialdemokraten. Er erhielt 10 776, Dr. Rösike 8845 Stimmen.<sup>52</sup>

Des langjährigen zermürbenden Streites mit der Neustädter Polizeiverwaltung in der Frage des Ausrichtens des 1. Mai überdrüssig, beschloß die Mitgliederversammlung am 25. Januar 1913, die endgültige Ausrichtung dem neugegründeten Gewerkschaftskartell zu überlassen.

Weiter wurde in dieser Versammlung beschlossen, dem Gewerkschaftskartell die vollständige Bibliothek des Ortsvereins zu übertragen.<sup>53</sup> Diese fand im Büro des Gewerkschaftskartells im Kolosseum ihren Platz und sollte dort bis zur Beschlagnahme durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 verbleiben.

Außerdem gelang es 1913 erstmals, in Zusammenarbeit zwischen Partei und Gewerkschaften in Neustadt ein örtliches Gewerkschaftsfest durchzuführen, ohne daß dieses durch polizeiliche Willkürmaßnahmen eingeschränkt wurde.

Da Bürgermeister Tauscher ortsabwesend war, erlaubte sein Stellvertreter, Stadtrat Konsul Heise, daß Fahnen und Banner mitgeführt werden durften. Fürwahr eine Sensation für Neustadt und Umgebung! In der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung wird u. a. am 10. September 1913 folgendes darüber berichtet:

*„Auf zum ersten Gewerkschaftsfest! In den Jahren 1897 und 1898 war es, als die Gewerkschaftsbewegung am Orte festen*

<sup>50</sup> Siehe auch abgedruckte Ergebnisse im Neustädter Wochenblatt vom 14. Januar 1912, Nr. 11.

<sup>51</sup> Ebd.

<sup>52</sup> Ebd. vom 23. Januar 1912, Nr. 18.

<sup>53</sup> Siehe auch Bericht im Protokollbuch des SPD-Ortsvereins Neustadt und Umgebung, Jg. 1910 bis 1933.

Boden faßte. Bereitwilligst stellte damals sogar Herr Schliemann, der damalige Besitzer des Hotels ‚Germania‘, sein Lokal den Gewerkschaften zur Verfügung. Nachdem Herr Schliemann aber herausgefunden hatte, daß die Gewerkschaften nicht gewöhnliche Vergnügungsvereine sind, die er dazu benutzen konnte, durch Veranstaltung von Vergnügungen seine Taschen zu füllen, und als ihm dann gar noch von gewisser Seite die Verbände als das rote Gespenst hingestellt wurden, verwies er ihnen sein Lokal. Wenn es nachdem auch eine Zeitlang mit der Lokalfrage gehapert hat, sind die Organisationen jetzt doch soweit gekommen, daß ihnen zwei große schöne Lokale und ein kleines zu allen Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Jetzt liegt es an der organisierten Arbeiterschaft, danach zu streben, daß ihr diese Lokale erhalten bleiben. Auch mit der Polizeibehörde hat die Neustädter Arbeiterschaft manchen schweren Kampf durchzufechten gehabt. Während ihr zu Anfang von der Polizeibehörde nicht nur jeder Umzug, sondern sogar auch Bälle verboten wurden, ist jetzt zum ersten Gewerkschaftsfest zum ersten Male ein Festzug mit Fahnen und Bannern freigegeben worden. Es ist deshalb Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters und jeder Arbeiterin, dieses Fest durch Beteiligung verschönern zu helfen.<sup>54</sup>

Höhepunkt des Jahres 1913 war das zehnjährige Bestehen des Ortsvereins. Es wurde aber erst am 16. November mit einer großen öffentlichen Volksversammlung und anschließendem Ball festlich begangen.<sup>55</sup>

Alle Arbeit sollte im Herbst 1914 schlagartig ihr Ende finden. Am 27. Juli 1914 wurde die letzte Mitgliederversammlung vor dem Kriege abgehalten. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges und nach der Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 4. 8. 1914 bei der Bewilligung der Kriegskredite – einem aus heutiger Sicht verhängnisvollen Entschluß – kam es mit den Bürgerlichen zu einer Art begrenztem Burgfrieden.<sup>56</sup>

So war es dann z. B. in der Stadt Neustadt möglich, daß erstmalig in einem Unterstützungskomitee auch der Vorsitzende des Zentralvereins für den 9. Schleswig-Holsteinischen Reichstagswahlkreis, August Meyer, nebst anderen Arbeitervertretern von der gesamten bürgerlichen Seite zähneknirschend anerkannt und zum Wohle der Neustädter Einwohnerschaft innerhalb dieses Komitees mitwirken konnte.<sup>57</sup>

Der Krieg stellte die Neustädter Sozialdemokraten aber vor ganz neue Aufgaben. Er erschwerte die bis dahin schon nicht einfache politische Tätigkeit nur noch mehr. Unter dem Belagerungszustand und der verordneten Pressezensur wurden die Bewegungsfreiheiten der Sozialdemokratie immer weiter eingeschränkt.<sup>58</sup>

Erst nach dem verlorenen Krieg und erfolgter Revolution sollte eine geordnete Parteilarbeit wieder möglich werden.

<sup>54</sup> Siehe auch Anzeige und Artikel in der VZ vom 10. September 1913, Nr. 212.

<sup>55</sup> Ebd. vom 3. Februar 1914, Nr. 28. Abgedruckte Jahresabschlußrechnung des SPD-Ortsvereins Neustadt und Umgebung für das Jahr 1913: Einnahmen: 104,72 RM Ausgaben: 86,36 RM Kassenbestand: 18,36 RM. Außerdem bestand für das Stiftungsfest vom 16. November 1913 anlässlich des 10jährigen Bestehens des Ortsvereins ein Defizit von 16,45 RM.

<sup>56</sup> Siehe auch Eugen Prager, Das Gebot der Stunde – Geschichte der USPD, 4. Auflage 1980, Seite 16 ff. Prager weist u. a. nach, welchen Belastungsproben die SPD-Reichstagsfraktion nach jener denkwürdigen Entscheidung – der Bewilligung der Kriegskredite zuzustimmen – ausgesetzt war.

<sup>57</sup> Siehe auch Aufrufe des Komitees für die Kriegshilfe der an der Front stehenden Soldaten und deren Familien, so u. a. im Neustädter Wochenblatt vom 4. September 1914. Meyer gehörte auch dem Vorstand des Komitees an, dessen Vorsitzender der Neustädter Bürgermeister Tauscher war, s. a. Neustädter Wochenblatt vom 10. September 1914.

<sup>58</sup> Soweit aus allen vom Verfasser durchgelesenen Akten, Protokollen, Polizeiberichten pp. zu entnehmen war, veranstaltete der SPD-Ortsverein Neustadt nur eine einzige öffentliche Mitgliederversammlung. Diese fand am 2. April 1916 statt.

Außerdem wurde vom Zentralverein für den 9. Reichstagswahlkreis nach Genehmigung durch das stellvertretende Generalkommando der 9. Armee in Altona eine Mitgliederversammlung am 2. Juni 1918 in Neustadt durchgeführt.

S. a. Stadtarchiv Neustadt Abt. B Fach III Nr. 6 sowie Protokollbuch des SPD-Ortsvereins Neustadt und Umgebung, Jg. 1910 bis 1933.

#### Vorgenommene Abkürzungen

VZ	Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, Zentralorgan der SPD, Bezirksleitung Kiel
LAS	Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv, Schloß Gottorf Schleswig
SH	Schleswig-Holstein

Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Neustadt und Umgebung von seiner Wiedergründung 1903 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges:

25. Januar 1903 bis Januar 1904, Arbeiter Walter Wetkowsky,  
Januar 1904 bis Oktober 1906, Arbeiter Johann Röhlke,  
Oktober 1906 bis November 1910, Arbeiter Eduard Langtim,  
November 1910 bis September 1911, Tischler Julius Breede,  
14. November 1911 bis 27. Dezember 1913, Heizer Karl Garber,

28. Dezember 1913 bis 3. April 1919, Arbeiter Rudolf Knoop.

SPD-Mitglieder aus der Stadt Neustadt in Holstein und dem Umland, die an der Wiedergründung des „Arbeitervereins Vorwärts Neustadt und Umgebung“ am 25. Januar 1903 im „Kolosseum“ zu Neustadt teilnahmen.

Entnommen aus den Akten über die sozialdemokratischen und politischen Vereine, Versammlungen und Tagungen 1899 bis 1905 im Landkreis Oldenburg in Holstein – Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schloß Gottorf, Abteilung 320, Nr. 423:

*Stadt Neustadt in Holstein*

*I. Vorsitzender:*

Walter Wetkowski, Arbeiter, Fischerstraße 126

*stellv. Vorsitzender:*

Karl Rauch, Zimmerer, Rosengarten

*Kassierer:*

Heinrich Brandt, Maurer, Königstraße

*Schriftführer:*

Johann Wulf, Schuhmacher, Kremper Straße

*stellv. Kassierer:*

Gustav Goldschmied, Maurer, Rosengarten

*stellv. Schriftführer:*

Augustin Lamm, Maurer, Burgstraße

Johannis Kellermann, Arbeiter, vor dem Graben

Friedrich Burgward, Schneider, Rosengarten

Friedrich Schnoor, Arbeiter, Waschgrabenstraße

Rudolf Stamm, Fischer, Waschgrabenallee

Josef Schiller, Fischer, Rosengarten

Heinrich Vorbeck, Arbeiter, Burgstraße

Friedrich Hansen, Arbeiter, Burgstraße

Heinrich Path, Arbeiter, Grüner Gang

Heinrich Käselau, Arbeiter, Hochtorsstraße

Heinrich Hahn, Arbeiter, vor dem Brücktor

Ferdinand Pasch, Arbeiter, Grüner Gang

Friedrich Harms, Arbeiter, obere Querstraße

Johannis Ludwig, Maurer, Hochtorsstraße

August Vahlendieck, Pantoffelmacher, untere Querstraße

Hinrich Kühl, Arbeiter, Waschgraben

Wilhelm Heyen, Arbeiter, Reiferbahn

Hinrich Harder, Arbeiter, Kirchhofsallee

Heinrich Beht, Arbeiter, vor dem Krempertor

Heinrich Kordes, Arbeiter, Waschgrabenallee

Wilhelm Heinemeier, Zimmerer, Krabbenstraße



Hermann Paasch, Arbeiter, Hochtörstraße  
Gustav Heier, Arbeiter, Burgstraße  
Heinrich Roßburg, Arbeiter, Burgstraße  
Wilhelm März, Arbeiter, Waschgrabenallee  
Ferdinand Schmah, Tischler, –  
Julius Staak, Schuhmacher, Brückstraße  
Herrmann Paasch, Schuhmacherhelfer, Grüner Gang  
Franz Lindow, Tischler, Rosengarten  
Wilhelm Heuer, Tischler, Rosengarten  
Otto Markwardt, Tischler, Waschgrabenstraße  
Ernst Rohse, Tischler, Rosengarten  
Johann Schulmeister, Maurer, Burgstraße  
Fritz Schumacher, Arbeiter, Hochtörstraße  
August Köhler, Arbeiter, Haakengraben  
Wilhelm Strike, Arbeiter, Haakengraben  
August Dohm, Arbeiter, –  
Wilhelm Stange, Schuhmacher, –

*Merkendorf*

Friedrich Scheck, Arbeiter  
Fritz Burmeister, Arbeiter  
Heinrich Augustin, Arbeiter  
Heinrich Breede, Arbeiter  
Heinrich Grell, Arbeiter  
Fritz Babbe, Arbeiter  
August Schumacher, Arbeiter  
Heinrich Callo, Arbeiter  
Friedrich Grell, Arbeiter  
Friedrich Augustin, Arbeiter  
Ernst Breede, Arbeiter  
Heinrich Vermehren, Arbeiter  
August Grell junior, Arbeiter  
Heinrich Scheck, Arbeiter  
Emil Johannsen, Arbeiter  
Johannes Augustin, Arbeiter

*Oevelgönne*

Heinrich Wulf, Arbeiter  
Friedrich Schul, Arbeiter

*Roge*

Christian Müller, Arbeiter  
Christian Westendorf, Arbeiter

*Hasselburger Mühle*

Fritz Behnke, Müller

Kurzporträt der im Bereich des SPD-Ortsvereins Neustadt bzw. Landkreises Oldenburg nach der Jahrhundertwende führenden Sozialdemokraten:

*Paul Friedrich Gustav Weinheber,*

geb. am 12. Februar 1867 in Breslau, gest. am 20. November 1939 in Hamburg. Weinheber besuchte die Volksschule und erlernte anschließend das Dreherhandwerk, ging 1885 auf Wanderschaft und wurde 1887 in Hamburg ansässig. Seit 1892 war er zweiter Vorsitzender der Metallarbeiterkrankenkasse „Vulkan“, um anschließend ab 1901 als Angestellter der „Neuen Gesellschaft zur Verteilung von Lebensmitteln von 1856“ tätig zu werden. Hier übte er die Funktion eines Geschäftsführers aus.

1907 wurde Weinheber als SPD-Abgeordneter in die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg gewählt. Dieser gehörte er bis zu seinem Ausscheiden am 26. September 1931 an.

Vom 28. März 1919 bis zum 22. März 1921 war er außerdem Mitglied des Senats der Freien und Hansestadt. Während dieser Amtszeit unterstanden ihm u. a. als Senator die Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe sowie die Baudeputation. Nach seinem Ausscheiden aus dem Senat gehörte er u. a. lange Jahre als Bürgerschaftsabgeordneter dem höchsten Selbstverwaltungsorgan der Bürgerschaft, dem „Bürgerausschuß“, als Mitglied an.

Mit dem Landkreis Oldenburg in Holstein kam Weinheber erstmalig 1897 in Berührung, als er bei der im gleichen Jahr stattfindenden Ersatzwahl für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Graf von Holstein, Waterneversdorf, als Kandidat der SPD im 9. Schleswig-Holsteinischen Reichstagswahlkreis auftrat. Zwar konnte dieser durch seine großen Güter geprägte Wahlkreis von Weinheber nie gewonnen werden, trotzdem sollte er der SPD in diesem Bereich bis 1919 weiterhin als Kandidat zur Verfügung stehen. Ebenfalls kandidierte Weinheber für die SPD 1913 bei der preußischen Landtagswahl im Wahlkreis 18 (Kreis Oldenburg in Holstein).

Während seiner langen Tätigkeit als Reichstagskandidat und Betreuer des 9. Schleswig-Holsteinischen Reichstagswahlkreises gelang es ihm auch im Landkreis Oldenburg endlich, alle sozialdemokratischen Kräfte zusammenzufassen und diese dann zu einer kampfstarken Organisation umzuformen. Außerdem gehen auf seine Initiative die Wieder- bzw. Neugründungen der Ortsvereine Neustadt, Grömitz, Burg a. F. und Heiligenhafen zurück, ebenso die Ortsvereine Plön und Lütjenburg im Landkreis Plön.

Weiterhin wurde während Weinhebers Tätigkeit im Kreis Oldenburg sichergestellt, daß durch zusätzliche Errichtung von Stützpunkten die Betreuungsarbeit der Partei im ländlichen Bereich und den großen Güterdistrikten des Kreises nachhaltig verbessert werden konnte.

Nachdem im Jahre 1902 von der Wahlkreiskonferenz mit Mehrheit beschlossen wurde, daß für den 9. Reichstagswahlkreis nicht Bad Segeberg, sondern – wie schon seit dem Jahre

1900 versuchsweise eingeführt – die Stadt Neustadt in Holstein weiterhin Sitz der zentralen Parteiorganisationsleitung blieb, gelang es den Neustädter Sozialdemokraten mit Hilfe Weinhebers im Jahre 1906, daß bei der Umbildung der Parteistruktur in Form eines festen Zentralvereins dieses neue Führungsgremium ebenfalls im Kolosseum (Gewerkschaftshaus) zu Neustadt seinen Sitz bekam. Bis zur Auflösung dieser Institution im Jahre 1919 sollte diese Geschäftsstelle dann im Neustädter Gewerkschaftshaus verbleiben.

*August Heinrich Wilhelm Meyer,*

geb. am 24. Mai 1864 in Wandelwitz, Kreis Oldenburg.

Erlerner Beruf Tischler. Erste Aktivitäten für die Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende in Heiligenhafen.

Meyer wurde Anfang April 1904 zum besoldeten Kreisvertrauensmann der SPD für den 9. Schleswig-Holsteinischen Reichstagswahlkreis bestellt. In dieser Eigenschaft verzog er von Heiligenhafen nach Neustadt. Nebenbei war Meyer auch als Kolporteur für das Parteiorgan „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ tätig. Außerdem führte er bis zu seinem Umzug nach Heiligenhafen am 21. Februar 1921 die alkoholfreie Gaststätte „Harmonie“ in der Königstraße (heute Allianz-Versicherung). 1906 wurde Meyer von der Generalversammlung zum besoldeten Zentralvorsitzenden für den 9. Schleswig-Holsteinischen Reichstagswahlkreis gewählt. Dieses Amt übte er bis zum Jahre 1919 aus. Weiterhin gehörte er von 1909 bis 1914 dem Vorstand der AOK Neustadt als Arbeitnehmersvertreter an. Nach der Revolution 1918 wurde Meyer zum Vorsitzenden des Vollzugausschusses des Kreises Oldenburg gewählt. Auch gehörte er bis zu seiner Auflösung dem Neustädter Arbeiter- und Soldatenrat als Mitglied an.

Nach erfolgtem Umzug wurde Meyer 1924 als SPD-Abgeordneter in die Heiligenhafener Stadtverordnetenversammlung gewählt. Dort übte er für einen gewissen Zeitraum das Amt des Stadtverordnetenvorstehers aus (s. a. Handbuch der Provinz Schleswig-Holstein, Jg. 1927, Seite 153.)

